

Landesbank Berlin Holding AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2012 (HGB)



Landesbank Berlin Holding AG

Jahresabschluss und Lagebericht 2012 (HGB)

Inhalt

Lagebericht

Das Unternehmen im Überblick	1
Allgemeiner Verlauf im Überblick	6
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2012	11
Risikobericht	16
Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	77

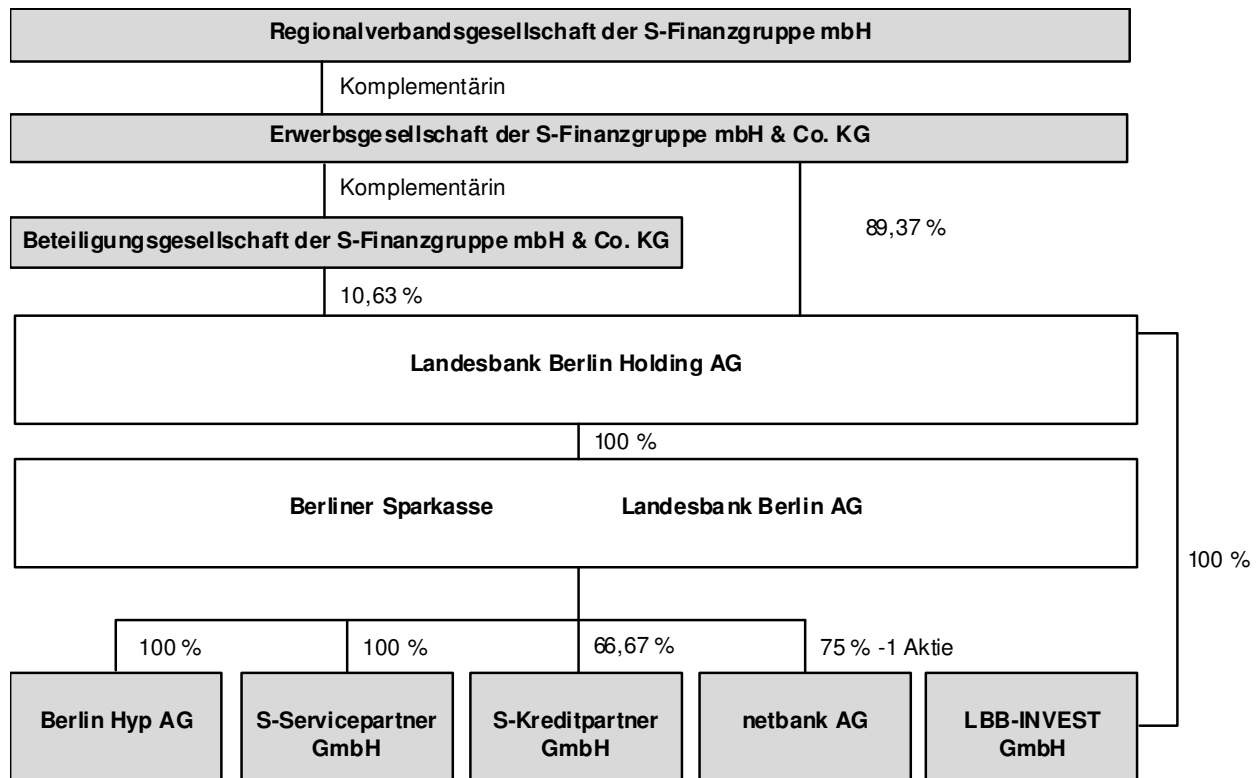
Jahresabschluss

Bilanz	88
Gewinn- und Verlustrechnung	89
Anhang	90
Anlagen zum Anhang	103
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	104
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	105
Bericht des Aufsichtsrats	106

Das Unternehmen im Überblick

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur der Landesbank Berlin Holding AG im Konzernverbund stellte sich zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Hauptaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 89,37 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft. Der auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Landesbank Berlin Holding AG am 25. April 2012 gefasste Beschluss zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär, die S-Erwerbsgesellschaft,

wurde am 1. August 2012 in das Handelsregister eingetragen. Damit ist der Beschluss rechtswirksam und die Aktien der Minderheitsaktionäre sind auf den Hauptaktionär übergegangen. Die Sparkassen-Finanzgruppe wurde damit Alleineigentümer der Holding. Die Börsennotierung der Aktien der Holding wurde mit Ablauf des 2. August 2012 eingestellt.

- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB ist Trägerin der Berliner Sparkasse (§ 3 Abs. 2 des Berliner Sparkassengesetzes) und unterhält derzeit noch Niederlassungen in London und Luxemburg, die im Zuge der noch stärkeren Konzentration auf das kundenbezogene Geschäft in den Jahren 2013 beziehungsweise 2014 geschlossen werden sollen. Die Berliner Sparkasse ist eine öffentlich-rechtliche Sparkasse in der Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 3 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz) und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns wie die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), die S-Servicepartner GmbH (vormals BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin) und die S-Kreditpartner GmbH (SKP). Die LBB hat mit der Berlin Hyp einen Beherrschungsvertrag im Sinne von § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG abgeschlossen, der mit der Eintragung in das Handelsregister der Berlin Hyp am 12. September 2012 wirksam wurde. Darüber hinaus wurde zwischen der LBB und der S-Servicepartner GmbH ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen; die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 3. Dezember 2012.

Im Zuge der Neuordnung der Geschäftsaktivitäten haben die Sparkassen als Eigentümer von LBB und DekaBank unter Einbindung beider Häuser eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung erarbeitet. Danach sollen inhaltliche Überschneidungen von LBB und DekaBank abgebaut und die Stärken beider Häuser noch besser für die Sparkassen und deren Kunden nutzbar gemacht werden. Die Empfehlung beinhaltet folgendes Zielbild:

- Die LBB soll sich als Berliner Sparkasse auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin-Brandenburg konzentrieren. Zudem soll sie als wichtiger Verbundpartner ihr Know-how weiterhin den Sparkassen zur Verfügung stellen und ihre Leistungen bei Bedarf ausbauen. Zur Berliner Sparkasse sollen unter anderem die Tochterunternehmen S-Kreditpartner GmbH und S-Servicepartner GmbH, die netbank AG sowie der Direkt-BankService gehören.

- Die Berlin Hyp, in der das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns konzentriert wird, soll sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank der Sparkassen positionieren.
- Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft soll zusammen mit der LBB-INVEST ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank werden.

Im Verlauf des Jahres 2013 sollen in den Gremien der Eigentümer, der LBB und der DekaBank die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Bis zur Umsetzung der hieraus gegebenenfalls resultierenden Planungen bleibt der Konzern in seiner bisherigen Struktur bestehen.

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Segment Refinanzierung und Zinsmanagement, die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung der Refinanzierung und des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Infrastruktur, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung und Recht, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Backoffice-Dienstleistungen der S-Servicepartner GmbH und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Refinanzierung und Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Vorstand und Ressortverteilung

Dem Vorstand der Holding gehörten zum 31. Dezember 2012 der Vorsitzende Dr. Johannes Evers und Martin K. Müller an. Sie waren zugleich Vorstandsvorsitzender (Dr. Evers) beziehungsweise Vorstandsmitglied der LBB. Weitere Vorstandsmitglieder der LBB waren Jan Bettink, Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz und Patrick Tessmann.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum 31. Dezember 2012 wie folgt geregelt:

Dr. Johannes Evers

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Compliance

Finanzen

Personal

Revision

Unternehmensentwicklung und Recht

Jan Bettink

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Einkaufsmanagement

Firmenkunden

Infrastruktur

Organisationssteuerung

Martin K. Müller

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Kredit

Risikobetreuung

Risiko und Controlling

S-Servicepartner GmbH

Patrick Tessmann

Landesbank Berlin AG

Private Kunden

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung war im gesamten Euroraum durch eine leichte Rezession gekennzeichnet. Spekulationen um die künftige Ausgestaltung des Währungsgebiets beziehungsweise um mögliche Zerwürfnisse haben den Wirtschaftsgang zusehends beeinträchtigt. Zudem spitzte sich die Situation in größeren Staaten wie Italien und Spanien besonders zu. Weltwirtschaftlich verlief das Jahr enttäuschend. Sowohl die größeren Schwellenländer als auch die US-Wirtschaft registrierten ein vergleichsweise verhaltenes Wachstum.

Trotz dieses widrigen Umfelds erwies sich der Wirtschaftsverlauf in Deutschland bis in das zweite Halbjahr 2012 hinein als robust. Zwar verlangsamte sich das Wachstum zum Jahresende hin stetig. Dennoch stieg das Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Gesamtjahr 2012 um 0,7 %. Maßgeblicher Treiber blieb der Außenbeitrag. Der Export profitierte im Jahresverlauf nicht zuletzt vom niedrigen Außenwert der Gemeinschaftswährung. Gleichwohl wurden die Krisenfolgen zum Jahresende deutlich sichtbar. Zugleich ließen die Arbeitsmarkt- und Einzelhandelsdaten nicht erkennen, dass solche Einschnitte durch eine Belebung der Binnennachfrage ausgeglichen werden. Somit dürfte sich zum Jahresschluss ein Rückgang der Wirtschaftsleistung eingestellt haben.

Grundsätzlich ist unsere Schwerpunktregion Berlin-Brandenburg weniger exportorientiert und entwickelte sich im aktuellen Umfeld deshalb vergleichsweise stabil. Im ersten Halbjahr 2012 nahm das Bruttoinlandsprodukt um 1,8 % zu und wuchs damit schneller als im Bundesdurchschnitt. Schwächere Auftragseingänge deuteten zwar auf Bremsspuren im Zusammenhang mit den Verwerfungen in Europa hin. Dennoch fand die Bauwirtschaft bei niedrigen Zinsen auf Expansionskurs zurück. Auch der Tourismus setzte weiterhin positive Akzente und vermeldete zweistellige Zuwächse bei den Besucherzahlen.

Nachdem die großvolumigen Langfristoperationen der Europäischen Zentralbank (EZB) am Kapitalmarkt nur kurzzeitig beruhigen konnten und die europäische Finanzpolitik im ersten Halbjahr Vertrauen stiftende Impulse vermissen ließ, sah sich die EZB im Sommer schließlich veranlasst, ihre Bereitschaft zu Anleihekäufen zu erklären. Auch ohne tatsächlichen Vollzug sorgte dies für eine Rückbildung der Risikoaufschläge. Bundesanleihen wiesen aber weiterhin außerordentlich niedrige Renditen auf, weil der stabilisierende Einfluss möglicher EZB-Eingriffe auch als Vorsorge gegen deutsche Haftungsrisiken im Zuge der Euro-

Rettungsmaßnahmen verstanden wird. Wie nachhaltig diese Bewegungen waren, lässt sich noch nicht beurteilen. Vereinbarungen darüber, wie im Falle einer Zuspitzung insbesondere für Spanien der Kapitalmarktzugang zu erträglichen Konditionen erhalten werden könnte, standen jedenfalls zum Jahresende noch aus.

In diesem Marktumfeld hielt die Spaltung der europäischen Finanzinstitute an. Während schwächere Marktteilnehmer vorrangig auf die Liquiditätszuteilungen des Eurosystems angewiesen blieben, beließen stärkere Finanzinstitute flüssige Mittel von erheblichem Umfang ohne jede Verzinsung im Eurosystem. Die geforderte Stärkung der Eigenkapitalausstattung wurde über den Abbau risikogewichteter Aktiva angegangen. Darüber hinaus wurden auch kapitalzuführende Maßnahmen ergriffen, die im Falle Spaniens auch unter Einbeziehung der europäischen Stützungsmechanismen erfolgten. Zudem begannen Arbeiten zur Schaffung einer europäischen Bankenunion, die maßgeblich auf einer Verlagerung bankaufsichtlicher Kompetenzen auf die europäische Ebene fußen soll.

Geschäftstätigkeit des Konzerns

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern Landesbank Berlin Holding weiter darauf ausgerichtet, im Kundengeschäft zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Darüber hinaus nimmt er immer stärker die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Aufgrund der anstehenden veränderten qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III / CRD IV, die im Sinne eines faktischen Vorziehens des Umsetzungstermins bereits ab dem 1. Januar 2013 gelten sollten, hat der Konzern alle Geschäftsaktivitäten auf ihre Wirtschaftlichkeit, den Eigenkapitalbedarf und die strategische Wichtigkeit überprüft und bewertet. Das Eigenkapital soll bis 31. Dezember 2014 um rund 750 Mio. € entlastet werden, davon wurden rund 500 Mio. € bereits 2012 realisiert (siehe Risikobericht). Über diese Entlastung will der Konzern bereits ab dem Jahr 2013 dauerhaft eine harte Kernkapitalquote von mehr als neun Prozent erreichen. Zur Schließung der Eigenkapitalücke haben wir Risikopositionen im Nicht-Kundengeschäft schneller als ursprünglich geplant reduziert oder beendet. Zu den geplanten Maßnahmen gehört auch die Schließung der beiden Standorte in London (bis September 2013) und Luxemburg (im Wesentlichen bis Mitte 2014). Insgesamt wird sich die LBB in Zukunft strategisch noch konsequenter als Kundenbank ausrichten. Zudem wurde ein Abbau der Komplexität im Kapitalmarktgeschäft angegangen, der sowohl im Zusammenhang mit der Verkürzung der Bilanzsumme durch den Abbau von Risikoaktiva als auch grundsätzlich in Bezug auf Strukturen, Prozesse und Produkte erforderlich ist.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von Kennzahlen, die nach den Regelungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) ermittelt werden. Nähere Erläuterungen sind unter „Geschäftliche Ausrichtung“ im Chancen- und Prognosebericht dargestellt.

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement, unterstützt durch die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge betrieben.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betreibt das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse werden rund zwei Millionen Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wird überwiegend mit so genannten Co-

Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasst rund 2,3 Millionen ausgegebene Kreditkarten. Die netbank stellt für die LBB ein Investment in den Direktbank-Kanal dar. Im überregionalen Auto- und Konsumentenkreditgeschäft ist die S-Kreditpartner GmbH, ein gemeinsam mit der Deutsche Leasing AG gegründetes Unternehmen, als Verbundpartner der deutschen Sparkassen tätig.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreut mit einem umfassenden Produkt- und Leistungsangebot rund 70.000 kleine und mittelständische Unternehmen. Ein strategisches Ziel ist die Sicherung der starken Marktposition in Berlin in einem intensiven Wettbewerbsumfeld. Auf Basis eines verlässlichen Geschäftsmodells ist ein hoher Qualitätsanspruch zur weiteren Vertiefung der Kundenbeziehungen sowie bei der Neukundengewinnung ein entscheidendes Erfolgsmerkmal. Während Berlin-Brandenburg der Kernmarkt für das Firmenkundengeschäft ist, ist die Bank mit strukturierten Angeboten, zum Beispiel durch das Arrangieren von Schuldscheindarlehen, auch überregional erfolgreich tätig.

In der gewerblichen **Immobilienfinanzierung** sind die LBB und die Berlin Hyp gemeinsam tätig. Alle Mitarbeiter des Immobilienfinanzierungsgeschäfts arbeiten institutsübergreifend nach einheitlichen Regelungen und Prozessen. Das Geschäftsmodell verbindet die Vorteile einer Pfandbriefbank mit denen einer Universalbank. Das Geschäftsfeld betreut rund 2.200 Kunden (Risikoverbünde) mit rund 7.900 Immobilien (ohne Einzelobjekte aus Portfoliofinanzierungen) im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig werden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgt neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch drei Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen und Frankreich). Die Kreditbearbeitung findet zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft** (KMG) umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Das KMG richtet seinen Fokus auf das kundenbezogene Geschäft und folgt mit dieser Aufstellung der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Mit der geplanten Schließung der Auslandsstandorte sowie der Einstellung der Handelsgeschäfte mit Aktien und Aktienderivaten ohne Kundenbezug leistet das Geschäftsfeld einen signifikanten Beitrag zum bereits eingeleiteten Umbau in eine Kundenbank. Zielkundengruppe sind neben mittelständischen institutionellen Kunden vor allem die Sparkas-

sen, beispielsweise im Bereich der Depot-B-Produkte. Das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften ergänzt das Kundengeschäft.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2012

Die Ergebnisentwicklung der Holding ist primär von der Gewinnabführung der LBB geprägt.

Das Vorsteuerergebnis der LBB und damit das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Holding per 31. Dezember 2012 lagen über unseren Erwartungen.

Insgesamt konnte die LBB im Berichtsjahr ihre gute und nachhaltige Entwicklung im Kundengeschäft weiter fortsetzen. Dabei stellte sich die Ergebnisentwicklung in den Geschäftsfeldern differenziert dar. Das Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft lag über unseren Erwartungen. Die Ergebnisentwicklungen im Firmenkundengeschäft und im Kerngeschäft Immobilienfinanzierung verliefen ebenfalls besser als erwartet. Das Ergebnis des Geschäftsfelds Private Kunden war durch Bewertungsanpassungen in der Risikovorsorge belastet und lag somit unter den Erwartungen.

Mit dem Ziel der unterjährigen Stärkung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals haben die Konzernunternehmen, die zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis gehören, per 31. August 2012 einen Zwischenabschluss erstellt. Daraus wurde ein Gewinn in Höhe von 120 Mio. € entsprechend bei dem aufsichtsrechtlichen Kernkapital berücksichtigt.

Ertragslage

Das Ergebnis der Holding war im Geschäftsjahr 2012 durch die Gewinnabführung der LBB geprägt, die sich im **Beteiligungsergebnis** widerspiegelt.

Ergebnis in Mio. €	2012	2011	Veränderung 2012 – 2011	
			Mio. €	%
Beteiligungsergebnis	215	16	199	>100
Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	-17	-5	-12	<-100
Zinsergebnis	-10	-8	-2	-25,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	188	3	185	>100
Ertragsteuern	34	106	-72	-67,9
Sonstige Steuern	0	-1	1	100,0
Ergebnis nach Steuern	154	-102	256	>100

Im **Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** waren überwiegend Rückstellungszuführungen im Zusammenhang mit möglichen Ankaufsverpflichtungen von Fondsimmobilien und Verwaltungsaufwendungen enthalten.

Bei der Bemessung der **Ertragsteuern** wurde auch das steuerliche Einkommen der organisch verbundenen Unternehmen berücksichtigt. Der deutlich höhere Steueraufwand im Vorjahr resultierte aus der Auflösung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag war die **Bilanzsumme** per 31. Dezember 2012 leicht rückläufig.

Aktiva in Mio. €	2012	2011	Veränderung 2012 – 2011	
			Mio. €	%
Anlagevermögen				
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.957	2.957	0	0,0
Umlaufvermögen				
Forderungen	238	263	-25	-9,5
Sonstige Vermögensgegenstände	18	28	-10	-35,7
Guthaben bei Kreditinstituten	0	213	-213	-100,0
Aktive latente Steuern	355	377	-22	-5,8
Summe Aktiva	3.568	3.838	-270	-7,0

In den **Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen** waren die Anteile an der LBB mit 2.807 Mio. € enthalten.

Die **Forderungen** bestanden zum Bilanzstichtag ausschließlich gegenüber verbundenen Unternehmen, überwiegend gegenüber der LBB.

Die im Vorjahr noch ausgewiesenen **Guthaben bei Kreditinstituten** in Höhe von 213 Mio. € wiesen eine Forderung aus Sicherheitenstellung für ein Darlehen aus. Dieses Geschäft lief im Jahr 2012 aus.

Die **aktiven latenten Steuern** wurden sowohl für zeitliche Differenzen als auch für Verlustvorträge angesetzt.

Passiva in Mio. €	2012	2011	Veränderung 2012 – 2011	
			Mio. €	%
Eigenkapital	3.442	3.288	154	4,7
davon:				
- gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
- Rücklagen	786	731	55	7,5
- Bilanzgewinn	101	2	99	>100
Rückstellungen	125	119	6	5,0
Verbindlichkeiten	1	431	-430	-99,8
Summe Passiva	3.568	3.838	-270	-7,0

Die Veränderung des **Eigenkapitals** war allein auf das Jahresergebnis und seine Verwendung zurückzuführen. Der **Bilanzgewinn** berücksichtigte neben dem Jahresüberschuss von 154 Mio. € und einem Gewinnvortrag aus dem Jahr 2011 in Höhe von 2 Mio. € die Zuführung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von 55 Mio. €.

Die **Rückstellungen** per 31. Dezember 2012 bestanden überwiegend für Steuern.

In den **Verbindlichkeiten** wurden im Vorjahr noch ein Bankdarlehen über 214 Mio. € und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit einer Wertpapierleihe in Höhe von 216 Mio. € ausgewiesen. Beide Verbindlichkeiten wurden im Jahr 2012 erfüllt.

Finanzlage

Der Unternehmenszweck der Holding als Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des KWG ist auf das Halten der Beteiligungen an der LBB und der LBB-INVEST ausgerichtet. Die Refinanzierung erfolgt ganz überwiegend aus dem Eigenkapital, das per 31. Dezember 2012 rund 96 % der Bilanzsumme ausmachte.

Den Verbindlichkeiten und Rückstellungen von insgesamt 126 Mio. € standen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 256 Mio. € gegenüber. Die Rückführung der Verbindlichkeiten wird aus den vorhandenen Vermögenswerten und den Ergebnisabführungen zukünftiger Perioden erwartet.

Die wirtschaftliche Lage der Holding stellt sich als geordnet und nachhaltig dar.

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2012

Herr Martin K. Müller, Vorstandsmitglied der Holding und der LBB, wird – vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats der LBB – die LBB mit Ablauf des 31. März 2013 verlassen und ab 1. April 2013 Vorstandsmitglied der DekaBank.

Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2012 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Landesbank Berlin Holding AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen wurden weder getroffen, noch unterlassen.“

Risikobericht

Rahmenbedingungen

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der LBB und der LBB-INVEST.

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist als Tochter der Holding in den Konzern Landesbank Berlin Holding (Konzern) eingebunden. Das konzernweite Risikomanagement ist in der LBB angesiedelt.

Im Folgenden wird grundsätzlich der Risikobericht des Konzerns wiedergegeben. Für die Risikolage der Einzelinstitute stellt dies keine Einschränkung dar, da die bezifferten Risiken, die im Konzern durch die Konsolidierung auf einzelne Risikoarten aufgeteilt sind, ansonsten im Anteilseignerrisiko darzustellen wären. Durch die Berücksichtigung bei den einzelnen Risikoarten wird dem vorhandenen Risiko besser Rechnung getragen als bei der Berücksichtigung im Anteilseignerrisiko.

Der Risikobericht des Konzerns enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 59 (Risikomanagement) des IFRS-Konzernabschlusses enthalten. Ebenso sind die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB enthalten.

Die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding resultiert aus der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind.

Aktuelle Entwicklungen

Seit Juli 2012 muss eine Gruppe auf europäischer Ebene systemrelevanter Banken eine zusätzliche Kernkapitalquote gemäß EBA-Definition von mindestens 9 % erfüllen. Zu dieser Gruppe europäischer Banken zählt auch die RVG-Gruppe, zu der die LBB gehört. Diese Kapitalquote haben sowohl die RVG-Gruppe als auch die LBB erreicht. Um auch unter den künftig härteren Anforderungen nach Basel III / CRD IV angemessene Kernkapitalquoten zu erreichen, wurden im Jahresverlauf 2012 in merklichem Umfang risikogewichtete Aktiva abgebaut. Dieser Abbau erfolgte unter ertragsschonenden Aspekten und ohne signifikante Schwächung des künftigen Kundengeschäftes, hatte allerdings eine deutliche Zurückhaltung im Neugeschäft der gewerblichen Immobilienfinanzierung zur Folge. In diesem Kontext wurden auch die internationalen Aktivitäten deutlich reduziert und die Schließung der Standorte in London und Luxemburg beschlossen. Diese Schließung der Auslandsstandorte befindet sich im Plan und wird voraussichtlich 2013 für London und 2014 für Luxemburg abgeschlossen sein. Die gemeinsamen Überlegungen mit den Haltern, die stille Einlage in nach Basel III / CRD IV anerkanntes Kernkapital umzuwandeln, wurden im Jahr 2012 fortgeführt und sollen 2013 voraussichtlich abgeschlossen werden.

Im Jahresverlauf 2012 wurde seitens der S-Erwerbsgesellschaft für den Streukapitalbesitz an der Holding ein Squeeze-out-Verfahren durchgeführt. Durch eine begleitende Kapitalerhöhung bei der S-Erwerbsgesellschaft hatte das Squeeze-out-Verfahren nur eine geringe Auswirkung auf das Eigenkapital der RVG-Gruppe.

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen eines Projekts die Umsetzung der Anforderungen aus Basel III / CRD IV fortgeführt. Wesentliche Inhalte des Projekts waren:

- Berechnung und Analyse der im Basel III-Monitoring geforderten Kennziffern,
- Umsetzung der Anforderungen aus COREP für das Solvenz- und Großkreditregime,
- Umsetzung der Anforderungen aus Basel III / CRD IV auf Basis der Entwurfsfassungen der regulatorischen Vorgaben,
- Fortführung der begleitenden Aktivitäten wie Analyse des regulatorischen Konsultationsprozesses, Optimierung Risikogewichtete Aktiva (RWA) sowie
- Vorbereitung der Einführung der neuen Meldewesensoftware ABACUS/DaVinci für die LBB und auf Konzernebene.

Darüber hinaus wurde in diesem Rahmen ein Projekt zur Umsetzung der Anforderungen der European Banking Authority (EBA) zum Finanzmeldewesen (FINREP) gestartet.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Die Gesamtbankstrategie der Holding und der LBB stellt die strategischen Rahmenbedingungen dar. In diesen ist dargestellt, dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäftes ist. Konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze stellen sicher, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können. Alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind. Durch die konkrete Limitierung der dem Konzern zur Verfügung stehenden Risikoressourcen Kapital und Liquiditätsreserve werden die Risikotragfähigkeit und die Liquidität sichergestellt. Die Risikostrategie detailliert diese Vorgaben ausführlich als Dokument und liegt in der Verantwortung des Bereichs Risiko und Controlling. Im Rahmen dieser Strategie erfolgt insbesondere die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar. Hier sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikokapitals und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Er wird monatlich über den Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird, durch den Bereich

Risiko und Controlling informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft des Konzerns unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und der Operationellen Risiken.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern erfolgen die Steuerung und die Kommunikation der Risikolage über die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement. Im Jahr 2012 wurde diese Funktion über das RWA-Projekt wahrgenommen.
- Im Kreditrisiko-Komitee erfolgt die Diskussion und Votierung konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine-Produkt-Komitee jeweils für Handels- beziehungsweise Nichthandelsprodukte koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risiko und Controlling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Zusammen mit den Risikocontrolling-Einheiten der Töchter sowie der Niederlassungen in London und Luxemburg übernimmt Risiko und Controlling das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft oder die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury und Trading zuständig.

Kapitalmanagement

Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind im Wesentlichen eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10 % sowie ein Mindestrating im Single A-Bereich.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Basel III / CRD IV wird die nationale Aufsicht voraussichtlich im Jahr 2013 neue aufsichtsrechtliche Anforderungen festlegen. Der Konzern wird diese Entwicklung zeitnah überwachen und eventuell notwendige Maßnahmen zur Einhaltung der neuen Eigenmittelanforderungen umsetzen. Wir gehen davon aus, dass uns die bisherigen Maßnahmen insbesondere zum RWA-Abbau in die Lage versetzen, diese regulatorischen Vorgaben einzuhalten.

Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee, im Jahr 2012 über das RWA-Projekt.

Entwicklungen im Aufsichtsrecht

Um die künftige Eigenkapitalanforderung auf Gruppenebene zu erfüllen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen bestimmen zu können, wurden in den vergangenen Monaten die Geschäftsaktivitäten mit Blick auf Wirtschaftlichkeit, Eigenkapitalbedarf und strategische Wichtigkeit sehr genau analysiert und bewertet.

Das strengere aufsichtsrechtliche Umfeld wird die Bank weiterhin beeinflussen. Die Auswirkungen können - auch im Lichte der noch nicht endgültig festgelegten regulatorischen Anfor-

derungen - derzeit noch nicht mit hinreichender Genauigkeit prognostiziert werden. Die politische und wirtschaftliche Diskussion hierzu wird weiterhin eng verfolgt, zudem finden entsprechende Proberechnungen statt. Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, wurden alle sich aus den aufsichtsrechtlichen Änderungen ergebenden Aktivitäten in einem Projekt gebündelt. Für die Kapitalplanung und -ausstattung der RVG-Gruppe ist insbesondere die Behandlung der aufsichtlichen aktivischen Unterschiedsbeträge von Bedeutung. Diese werden zukünftig nicht mehr bei der Bestimmung des harten Kernkapitals berücksichtigt.

Im Mai wurde seitens des Baseler Komitees zusätzlich zu den so genannten Basel-III-Regelungen der Prozess für eine grundlegende Überarbeitung der Handelsbuchregularien angestoßen. Die hier geplanten Änderungen befinden sich jedoch noch in einer sehr frühen Konsultationsphase. Die Auswirkungen sind stark von der finalen Ausgestaltung abhängig und daher derzeit noch nicht absehbar. Auf Ebene der RVG-Gruppe haben die Gesellschafter Aktivitäten angestoßen, um die aufsichtsrechtliche Anerkennung des Kommanditkapitals unter Basel-III-Regeln sicherzustellen.

Durch einen signifikanten Abbau von risikogewichteten Aktiva, ganz überwiegend im Nicht-Kundengeschäft, konnten im Jahr 2012 mehr als 500 Mio. € Eigenkapital freigesetzt werden. Die Bank hatte ein Konzept zum Abbau von Risikoaktiva und zur Reduzierung der Komplexität erstellt und arbeitete konsequent an dessen Umsetzung. Dazu wurde auf Ebene der Geschäftsfelder ein Katalog von Maßnahmen erarbeitet, die erforderlich waren, um diese Ziele zu erreichen. Weitere Abbauziele für die Jahre 2013 und 2014 wurden in die Mittelfristplanung bis 2017 integriert. Damit verbunden ist ein Rückbau von Komplexität. Insbesondere unter diesem Gesichtspunkt ist die beschlossene Schließung der Auslandsstandorte in London und Luxemburg einzuordnen. Generell hat sich die LBB in der Lage gezeigt, aus eigener Kraft auch künftige aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung zu erfüllen, ohne dass dabei nennenswerte Auswirkungen auf das Kundengeschäft entstanden sind. Ein Teil des durch aktiven Abbau freigesetzten Kapitals wurde für zusätzliches Neugeschäft mit unseren strategischen Zielkunden genutzt.

Aspekte der Steuerung der Eigenkapitalbelastung umfassen eine Definition von Zielgrößen für das gebundene Kernkapital pro Geschäftsfeld. Der erhöhten Eigenkapitalbelastung begegnet die Bank durch eine Berücksichtigung in der Preisgestaltung im Neugeschäft.

Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

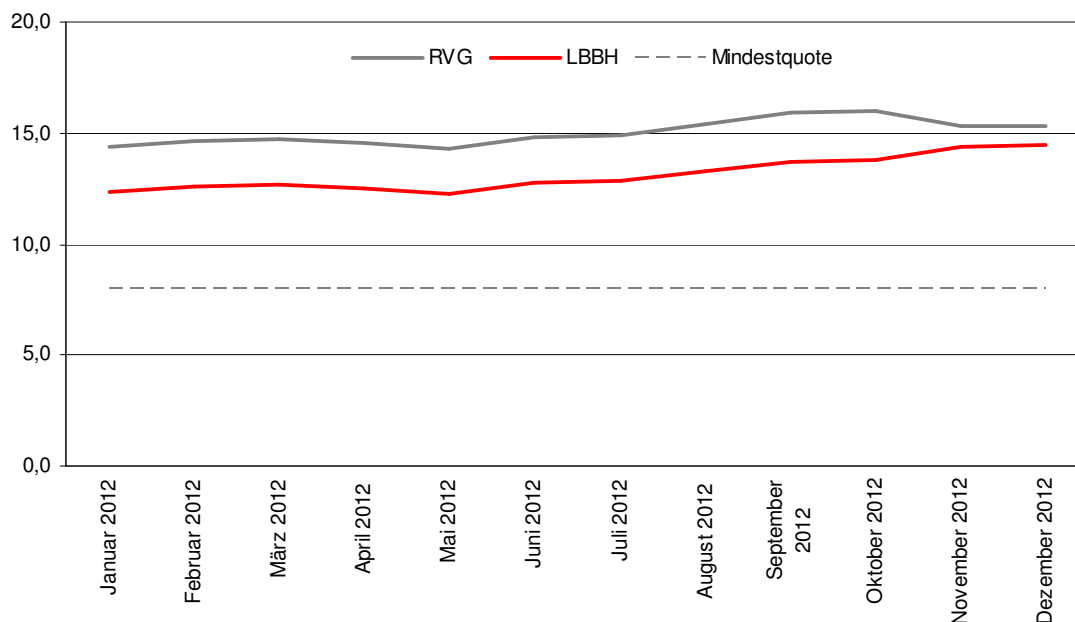
Die LBBH-Gruppe gehört aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Gruppen LBBH und RVG sowie des Einzelinstituts LBB aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote gemäß rechtlicher Vorgabe beziehen sich auf die jeweiligen Stichtagswerte. Der zum Zwischenabschluss per 31. August 2012 ermittelte Gewinn wird seit der Meldung November 2012 zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel herangezogen und bis zum endgültigen Beschluss der Gewinnverwendung im Kernkapital erfasst. Der Teil des Gewinns, der an die Eigentümer abgeführt werden soll, blieb dabei unberücksichtigt. Zusammen mit der Reduzierung der Risikoaktiva im Jahr 2012 führte dies zu einem Anstieg der Quoten für die LBBH-Gruppe.

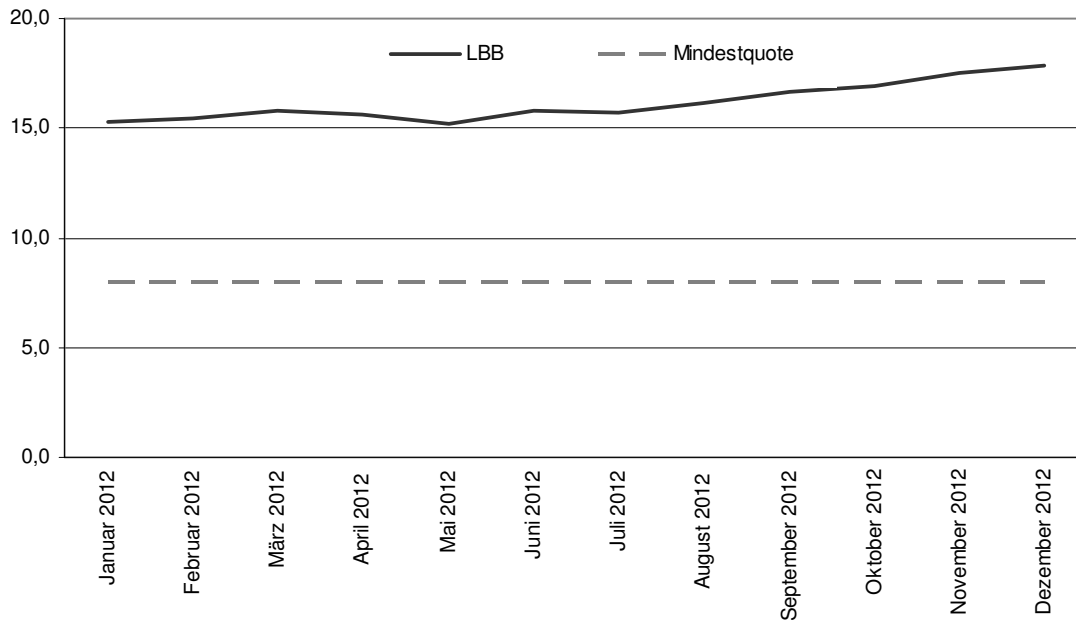
Für die Quoten der RVG-Gruppe war im November 2012 aufgrund der Abschreibung auf den Buchwert der Beteiligung an der LBBH ein gegenläufiger Trend zu verzeichnen.

Seit den Dezember-Meldungen ist wieder eine parallele Entwicklung der Quoten in der RVG- und der LBBH-Gruppe zu beobachten.

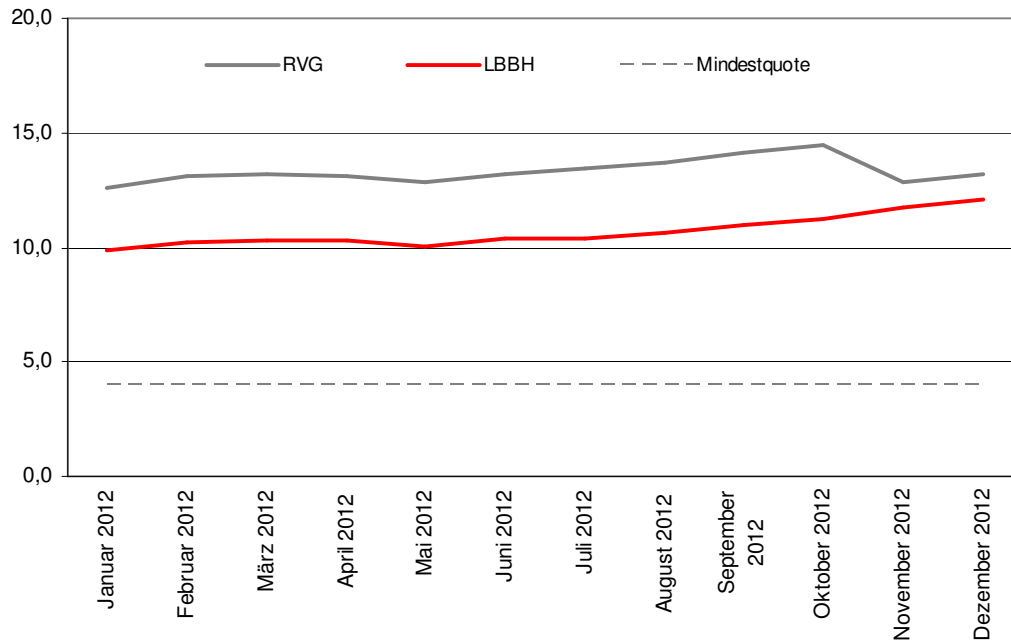
Gesamtkennziffern (SolvV) in % auf Gruppenebene



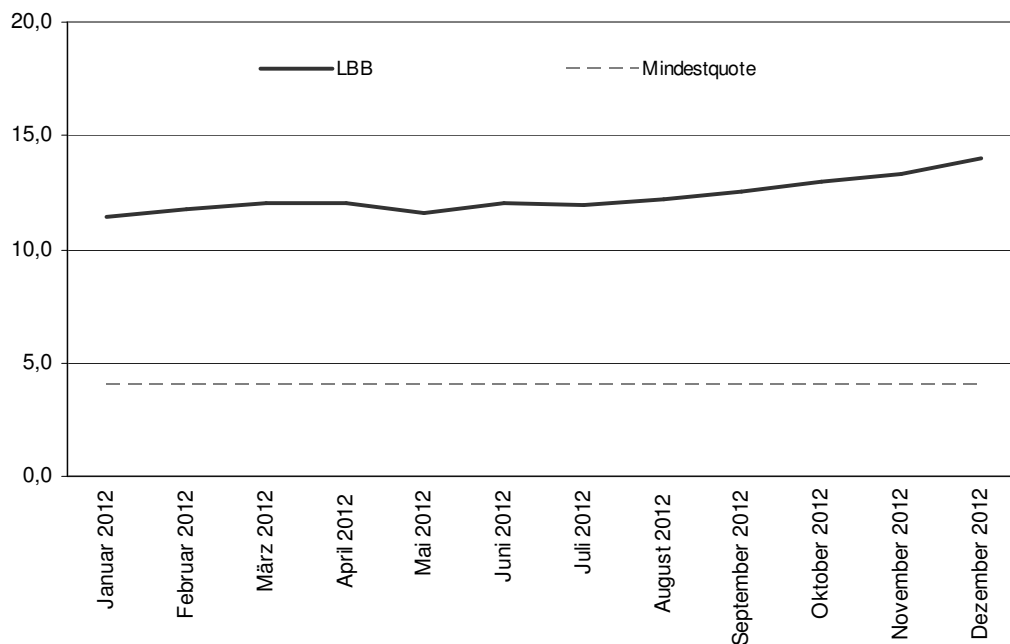
auf Einzelinstitutsebene



Kernkapitalquote (SolvV) in % auf Gruppenebene



auf Einzelinstitutsebene



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Die auf europäischer Ebene für systemrelevante Banken vorgegebene Kernkapitalquote von 9 % gemäß der strengeren EBA-Definition wird per 31. Dezember 2012 ebenfalls knapp erfüllt.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird mit den Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV der Bank verglichen. Sofern die Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV niedriger ausfallen, sind für die Höhe des Floors Eigenmittel vorzuhalten. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung stets eingehalten.

Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und den aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvor-

gaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in denen alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Ertragslage oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. Im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten, wird diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Anteilseignerrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Credit Spread-, Aktienkurs- und Währungsrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Das Anteilseignerrisiko wird ab 2013 aufgrund seiner nur noch geringen Bedeutung für den Konzern in das Adressenausfallrisiko überführt und nicht mehr als separate Risikoart im Sinne der MaRisk geführt.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko (Beschaffungs- und Fristenrisiko) wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Preisrisiko im Liquiditätsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken ausgewiesen.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerrisiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus, zum Beispiel 80 % oder 99,95 %, berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt. Der Vorstand der Berlin Hyp wird quartalsweise im Rahmen eines gesonderten Berichts über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen sowie der internen Limite informiert.

Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko betrug per Jahresende 1.243 Mio. € bei einer Risikodeckungsmasse in Höhe von 3.482 Mio. €. Die bilanzielle Risikovorsorge für den IFRS-Konzern betrug 880 Mio. €.

Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung und darüber hinaus in den weiteren Prozessen wie zum Beispiel bei der Planung von Kapitalmaßnahmen berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit (RTF) im Planungszeitraum sicherzustellen.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das heißt, die Risikolage des Konzerns wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgten. Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen und der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

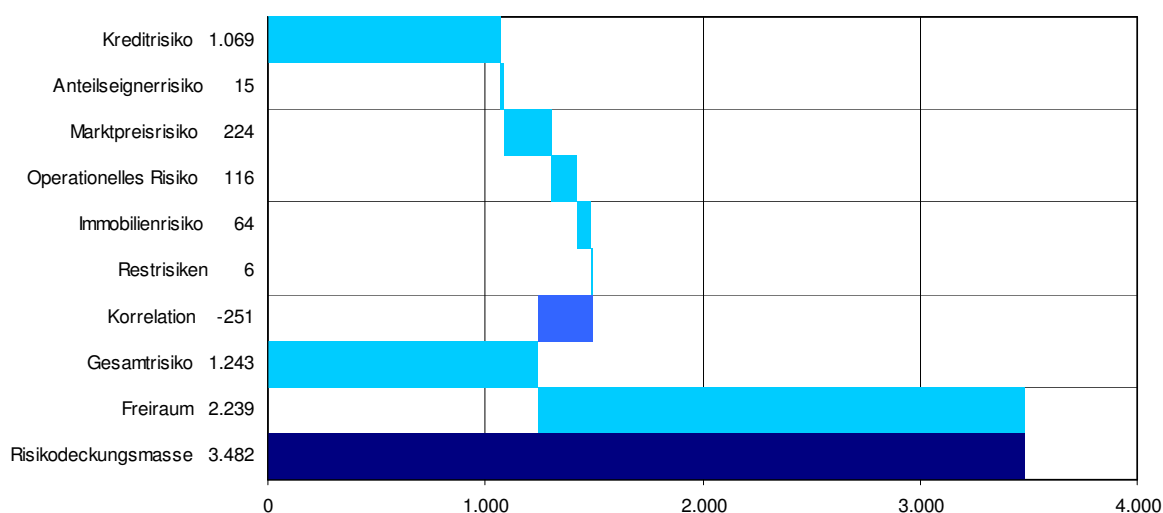
Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Im Januar 2012 wurde die Methode zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse dahingehend weiterentwickelt, dass die Anforderungen zum ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse in Form von Prudential Filters berücksichtigt werden. Im Wesentlichen durch Abzugsposten für latente Steuern und den Goodwill reduzierte sich die Risikodeckungsmasse von 3.989 Mio. € per 31. Dezember 2011 auf 3.482 Mio. € per 31. Dezember 2012. Bei gesunkenem Gesamtrisiko nahm auch der Freiraum ab. Die Reduktion des Freiraums wurde bei der Überprüfung und Festsetzung der Limite berücksichtigt. Im Zuge der Überprüfung wurde auch die verwendete Korrelationsmatrix zur Bestimmung des Gesamtbankrisikos adjustiert.

Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollauslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2012 im Konzern wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern in Mio. €



Das Restrisiko ist bis zum 31. Dezember 2012 erheblich gesunken. Ursächlich dafür war eine Änderung beim Preisrisiko. Bisher wurde ein pauschaler Betrag für das Preisrisiko (Teil des Liquiditätsrisikos) im Restrisiko berücksichtigt. Im Rahmen einer Methodenänderung wurde die Ermittlung des Preisrisikos verbessert. Der Betrag wird nun unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet. Die Methodenänderung wurde im Januar 2012 vom Vorstand beschlossen. Im Restrisiko befinden sich nunmehr nur noch kleine Risikopositionen aus Gesellschaften, die nicht über die standardisierten Schnittstellen in die Risikowerte nach Risikoart eingepflegt werden.

Im Dezember 2012 wurden wesentliche Anpassungen am Risikotragfähigkeitkonzept beschlossen, die sich auf die Höhe sowohl des Gesamtrisikos als auch der Risikodeckungsmasse auswirkten. Die Anpassungen gelten ab 1. Januar 2013. Sie betreffen den Vollabzug

des Goodwills (im Wesentlichen der Firmenwert der LBB) sowie die Berücksichtigung von stillen Lasten beziehungsweise Reserven. Das Anteilseignerrisiko wird nicht mehr als wesentliche Risikoart klassifiziert und geht im Adressenausfallrisiko auf. Ab diesem Zeitpunkt gelten auf Konzernebene auch die neuen Limite. Das Gesamtrisikolimit reduziert sich ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 auf 2.134 Mio. € (vorher 2.531 Mio. €). Hierbei wurde die strategische Neuausrichtung auf das Kundengeschäft über erhöhte Kreditrisikolimite und reduzierte Marktrisikolimite berücksichtigt.

Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit waren dabei im Jahr 2012 jederzeit gegeben. Die Stresstestergebnisse zum Jahresende auf Basis der Zahlen per November 2012 stellten sich wie folgt dar:

November 2012	Freiraum RTF	Kernkapitalquote SolvV	Gesamtkennziffer SolvV
	Mio. €	%-Punkte	%-Punkte
Normal	2.227	11,8	14,4
Veränderungen Stresstest			
Stressszenario Rezession	-1.250	-2,0	-3,2
RTF: Risikotragfähigkeit; SolvV: Solvabilitätsverordnung			

Im dargestellten Szenario „Rezession“ treten die größten Auswirkungen auf. Die Parametrisierung dieses Szenarios bildet eine schwere wirtschaftliche Krise ab. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -718 Mio. € der hier ausgewiesenen -1.250 Mio. €. Der Anteil des Kreditrisikos zur ausgewiesenen Verringerung der Gesamtkennziffer um 3,2 %-Punkte beträgt 2,3 %-Punkte.

Darüber hinaus ist ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

Im Rahmen der Weiterentwicklung wurden Wertberichtigungen auf Nonperforming Loans beim Kreditrisiko in die Stresstests auf Gesamtbankebene integriert.

Eine weitere Form von Gesamtbank-Stresstests sind so genannte „inverse Stresstests“. Bei diesen ist zu untersuchen, welche Ereignisse die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells gefährden können. Hierzu zählen ein aufgebrauchter RTF-Freiraum, eine Kernkapitalquote von 4,5 % oder eine Gesamtkennziffer von 8 %.

Einerseits untersucht die Bank, wie sich die Effekte der bestehenden Gesamtbank-Stresstests verändern müssten. Die Berechnung für 2012 hat ergeben, dass sich die Effekte im Szenario Rezession etwa verdoppeln (circa Faktor 1,9) müssten, damit der Freiraum der Risikotragfähigkeit vollständig aufgebraucht wäre. Für die Unterschreitung der Kernkapitalquote müssten sich die Effekte um den Faktor von circa 3,9 verstärken.

Andererseits wird untersucht, welche Stressereignisse in einzelnen Risikoarten die definierten Ergebnisse erreichen.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, das bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäfts ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten zum Teil besondere Prozesse, so zum Beispiel für Broker/Dealer und für Emittentenrisiken aus Aktien und Aktien-Derivaten im Handelsbuch. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risiko-
adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahen-
ten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current
Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Ge-
schäftsleitung basierte im Wesentlichen auf dieser Größe.

Im Folgenden werden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen auf
Basis des CCE dargestellt.

Das gesamte CCE des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2012 rund 94 Mrd. €. Dabei
entfielen etwa 40 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft (inklusive Ge-
schäfte, die durch die Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankge-
sellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsge-
schäft abgesichert sind), die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren
auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 54 Mrd. € im CCE
enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Netting- beziehungsweise
Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken. Daraus resultieren die unter-
schiedlichen Gesamtsalden in den nachfolgenden Tabellen zum CCE. So summieren sich
die Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken zum Beispiel aufgegliedert nach
Geschäftsfeldern auf 54.636 Mio. €, die Summe aufgegliedert nach Branchen beträgt jedoch
53.903 Mio. €.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet
zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es
sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen. Das interne Reporting der
Kreditrisiken an die Geschäftsleitung wurde zum Jahresende umgestellt und legt nun neben
den Angaben zum CCE für die Darstellungen der Geschäftsfelder den Schwerpunkt auf das
Credit Exposure.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposure sowie des CCE
ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2012 folgende Aufteilung:

Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH

	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
in Mio. €								
Konzern LBBH	104.751	117.067	94.081	105.582	40.294	41.233	53.788	64.348

Die Aufteilung nach Geschäftsfeldern zeigt, dass der überwiegende Teil des CCE auf die Geschäftsfelder Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft entfiel.

CCE-Darstellung nach Geschäftsfeldern

	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
in Mio. €								
Private Kunden	14.340	13.627	7.733	7.408	6.963	6.579	769	829
Firmenkunden	5.812	6.927	4.890	5.074	4.890	5.073	0	0
Immobilienfinanzierung	45.198	49.618	42.485	46.697	26.336	27.714	16.150	18.984
davon Hypothekendarlehen	28.820	30.267	26.213	27.528	26.213	27.528	0	0
Kapitalmarktgeschäft	33.059	37.698	32.632	37.205	2.105	1.867	30.528	35.338
Sonstige	7.190	9.857	7.189	9.857	0	0	7.189	9.857
Summe Geschäftsfelder ¹	105.599	117.727	94.929	106.241	40.294	41.233	54.636	65.008

¹ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Der Konzern geht vornehmlich Kreditrisiken in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken sowohl im In- als auch im Ausland.

CCE-Darstellung nach Regionen

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %
Deutschland	33.061	34.072	82	83	29.181	34.599	54	54
Berlin	12.957	13.766	32	33	4.543	5.077	8	8
Alte Bundesländer	15.840	15.850	39	38	22.143	26.814	41	42
Neue Bundesländer	4.264	4.456	11	11	2.495	2.708	5	4
Ausland	7.231	7.148	18	17	24.722	29.505	46	46
EU	5.465	5.254	14	13	19.195	23.391	36	36
Rest Ausland	1.766	1.894	4	5	5.527	6.114	10	9
Sonstige Inländer	2	13	0	0	0	369	0	1
Summe CCE Regionen¹	40.294	41.233	100	100	53.903	64.473	100	100

¹ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere durch Geschäfte mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

CCE-Darstellung nach Branchen

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2012 in Mio. €	2011 Mio. €	2012 in %	2011 in %	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %
Immobilienfinanzierung	23.779	24.053	59	58	734	561	1	1
Kreditgewerbe	4.054	4.704	10	11	33.783	43.066	63	67
Privatpersonen	6.307	6.039	16	15	1	0	0	0
Handel & Gewerbe	1.458	1.492	3	4	352	384	1	1
Dienstleistungen	2.311	2.195	6	5	228	344	0	0
Gesundheit & Soziales	276	307	1	1	2	2	0	0
Gebietskörperschaften	206	261	1	1	18.497	19.421	35	30
Beteiligungsgesellschaften	1.391	1.806	3	4	237	396	0	1
Versicherungen	23	23	0	0	4	110	0	0
Chemische Industrie	38	37	0	0	31	102	0	0
Sonstige	451	316	1	1	34	87	0	0
Summe CCE Branchen¹	40.294	41.233	100	100	53.903	64.473	100	100

¹ Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

Risikoklassen	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerisiken	
	2012	2011	2012	2011
in Mio. €				
1 bis 3	23.830	22.833	51.911	61.926
4 bis 7	7.656	8.357	1.451	1.773
8 bis 12	5.076	5.439	339	484
13 bis 15	528	718	12	17
keine Risikoklasse verfügbar	420	987	2	67
CCE Konzern LBBH - weder überfällig noch wertgemindert	37.510	38.334	53.715	64.267
<i>Anteil am Gesamt-CCE Konzern LBBH</i>	<i>93,1%</i>	<i>93,0%</i>	<i>99,9%</i>	<i>99,9%</i>
Konzern LBBH	40.294	41.233	53.788	64.348

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Engagement des Konzerns in solchen Ländern, deren Staatsverschuldung aktuell im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit steht. Im Jahr 2012 baute die Bank das Engagement in diesen Staaten systematisch durch Rückzahlungen oder Verkauf ab, so dass sich der Nominalwert von 6,2 Mrd. € auf 3,1 Mrd. € verringerte.

Exposure in Schuldinstrumenten in ausgewählten Staaten zum 31. Dezember 2012

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert ¹⁾	stille Effekte ²⁾
Irland (Republik)	255	261	-42
Nichtstaatliche Kreditnehmer	255	261	-42
Staat	0	0	0
Italien	1.467	1.494	-28
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.157	1.168	-32
Staat	310	326	4
Portugal	164	163	-14
Nichtstaatliche Kreditnehmer	164	163	-14
Staat	0	0	0
Spanien	1.030	1.065	-50
Nichtstaatliche Kreditnehmer	648	670	-34
Staat	382	395	-16
Ungarn	183	196	-2
Nichtstaatliche Kreditnehmer	10	10	0
Staat	173	186	-2
Summe	3.100	3.179	-136
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.235	2.272	-123
Staat	865	907	-14

Das Exposure in Schuldinstrumenten, bezogen auf Nominal- und Buchwert, setzt sich aus direktem und indirektem Exposure in Anleihen, Schuldscheindarlehen, Asset Backed Securities und Credit Default Swaps zusammen. Ein indirektes Exposure liegt vor, sofern ein Unternehmen originär nicht in den ausgewählten Staaten ansässig ist, jedoch ein enger Zusammenhang über Konzern- beziehungsweise Garantiebeziehungen besteht.

1) Die Buchwerte berücksichtigen bereits die Anrechnung von Sicherungsgeber- beziehungsweise Sicherungsnehmerpositionen aus CDS-Geschäften.

2) Die stillen Effekte beinhalten sowohl die stillen Lasten für Bestände in der Bewertungskategorie Loans and Receivables (LaR) als auch die Effekte in der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS). Die stillen Effekte ergeben sich aus der Differenz von Markt- und Buchwerten.

Nachstehend ist das oben abgebildete Exposure (Nominalwerte) in ausgewählten Staaten nach IFRS-Bewertungskategorien per 31. Dezember 2012 aufgegliedert:

Bewertungskategorien ausgewählter Staaten

	31.12.2012
in Mio. €	
Held for Trading / Fair Value-Option (erfolgswirksame Bewertung)	370
Available for Sale (AfS) (erfolgsneutrale Bewertung im Eigenkapital)	837
Loans and Receivables (LaR) (fortgeführte Anschaffungskosten)	1.893
Summe	3.100

Nach den Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen im Jahr 2011 hat der Konzern im Jahr 2012 Staatsanleihen mit einem Nominalwert von 232 Mio. € verkauft und darüber hinaus auch sein Exposure mit nichtstaatlichen Risiken in diesem Land nahezu vollständig abgebaut. Die bestehende Portfoliowertberichtigung wurde aufgelöst. Für das restliche nichtstaatliche Exposure wurde eine Länderwertberichtigung in Höhe von 5 Mio. € im Bereich Finanzanlagen gebildet.

Die noch verbliebenen Staatsanleihen der anderen im Fokus der Staatsschuldenkrise stehenden Länder mit einem Buchwert von 907 Mio. € (inkl. Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen, Abschreibungen sowie von Sicherungsbeziehungen) sind größtenteils den Kategorien LaR und AfS zugeordnet und werden überwiegend bis 31. Dezember 2016 fällig (67 %); die letzte Endfälligkeit ist im Juni 2018.

Das Engagement in Schuldinstrumenten spanischer Finanzinstitute beträgt 648 Mio. € (Nominalwerte). Die Nominalbeträge für Credit Default Swaps auf spanische Finanzinstitute in der Position des Sicherungsgebers beziehungsweise Sicherungsnehmers sind hierbei berücksichtigt. Aufgrund von Rückzahlungen und Verkäufen reduzierte sich der Nominalbestand im Jahr 2012 um rund 1,2 Mrd. €.

Für die Risiken in den Ländern Portugal, Italien, Spanien und Ungarn besteht aktuell eine Portfoliowertberichtigung in Höhe von 10 Mio. €.

Die im Rahmen der Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 32 Mrd. € das wesentliche Element. Darüber hinaus wurden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting um rund 12 Mrd. € reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten bis hin zu einer Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich wurden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen. Kreditderivate wurden in Höhe von etwa 4 Mrd. € und Collaterals mit einem Volumen von rund 2 Mrd. € hereingenommen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die Bank zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt die Bank das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von "Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)". Dieses wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, erfolgt eine Überprüfung der Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen. Im Jahr 2012 bestand entsprechend den Unterlagen der Bank hieraus kein Handlungsbedarf.

Der Konzern hat in seinem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert. Die ordnungsgemäße Durch-

führung wird jährlich durch den Bereich Wertermittlung der Berlin Hyp im Rahmen einer Stichprobe kontrolliert.

Kreditrisikomessverfahren

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt. Diese Masterskala wird in allen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht den Vergleich der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Der Konzern verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die er in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikocontrolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikoüberwachungseinheit nach § 152 der SolV wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Instituts- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie

fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposures, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Konzernkreditrisikoreport dargestellt. Dieser wird durch eine monatlich dem Vorstand vorgelegte detaillierte Aufgliederung der Risikokonzentrationen ergänzt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) aufgrund von Ratingmigrationen.

Reporting

Die Adressenausfallrisiken werden monatlich im Rahmen des Top Management Reports berichtet. Ein ausführlicher Kreditrisikoreport wird quartalsweise erstellt. Um Risikokonzentrationen zeitnah erkennen zu können, wird ein monatlicher Klumpenreport generiert. Dieser Bericht wird dem Vorstand im Rahmen des Top Management Reports zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus wird eine Auswahl der größten Risikokonzentrationen quartalsweise im Kreditrisikoreport dargestellt.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen unterrichtet.

Kreditüberwachung

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindika-

toren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

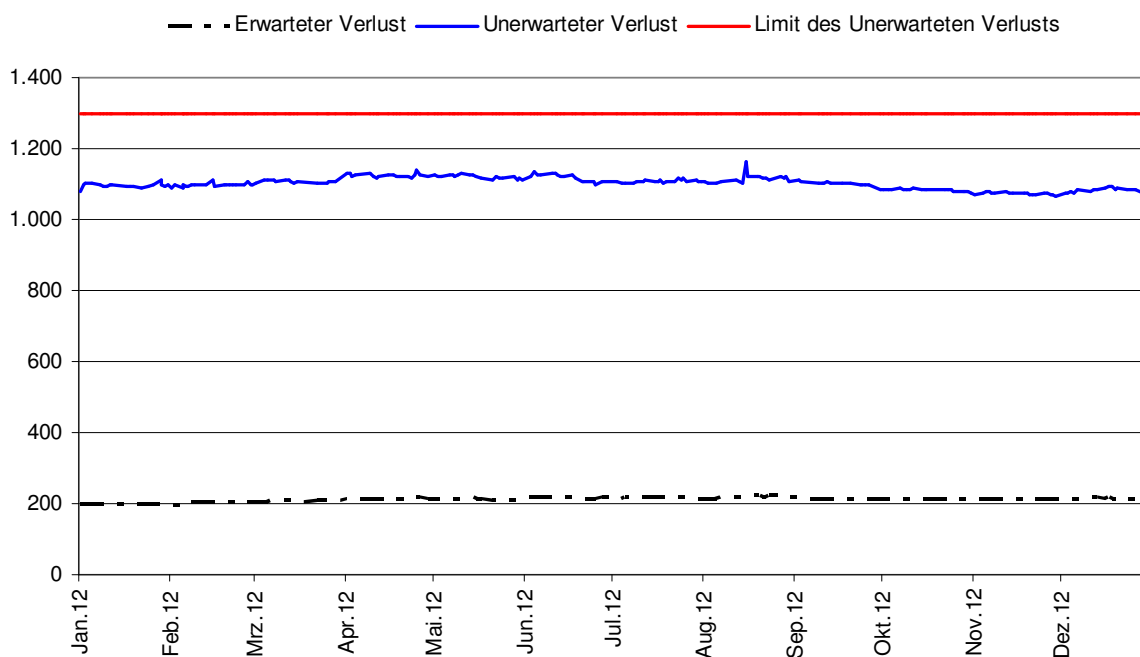
Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Konzernbanken und des gesamten Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2012 dargestellt.

Credit-Value-at-Risk-Kennzahlen Konzern in Mio. €



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die jeweiligen Limithöhen werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen. Mit Ausnahme einiger Länder mit einem Länderrating von 1(AAAA) existieren für alle Länder Länderlimite, die die Geschäftsausweitung begrenzen.

Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposure und Reservierungen (netto) ausgewiesen. Der deutliche Anstieg beim limitierten Auslandsvolumen in der Kategorie „geringes Transferrisiko“ verbunden mit dem gesunkenen unlimitierten Auslandsvolumen ist darauf

zurückzuführen, dass aufgrund von neuen Ratingeinschätzungen in der Eurozone und der restlichen EU die geschäftlichen Aktivitäten entsprechend begrenzt werden.

Organisationen mit höchster Bonität wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank werden nicht limitiert, können jedoch aufgrund ihres Aktivitätsspektrums nicht direkt einer Region, zum Beispiel Europa, zugeordnet werden. Diese sind dem in der Tabelle ausgewiesenen Exposure in Höhe von 29 Mrd. € hinzuzurechnen. Das Exposure inklusive Organisationen beträgt 30 Mrd. €.

Auslandsvolumen

in Mio. €	Exposure	
	2012	2011
Ohne Limitierung des Auslandsvolumens	6.742	21.135
Eurozone	4.103	12.121
Rest EU	1.248	7.135
Europa	1.391	1.416
Nordamerika	0	463
Limitiertes Auslandsvolumen mit	22.492	13.710
geringem Transferrisiko	21.856	12.796
mittlerem Transferrisiko	590	764
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	46	150
Konzern LBBH	29.234	34.845

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

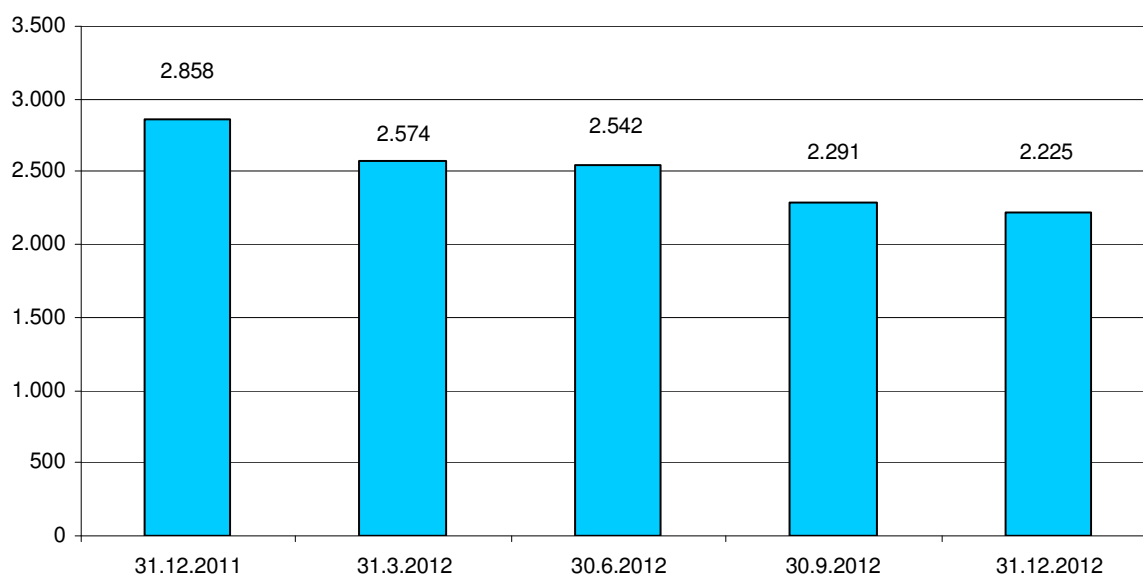
Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist im Berichtsjahr kontinuierlich gesunken. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2012 bei 2,4 % (Vorjahresstichtag: 2,7 %).

Current Credit Exposure der Nonperforming Loans in Mio. €



Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobereitungsgebiete umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung wird monatlich an den Vorstand berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

Anteilseignerrisiken

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

In der Risikostrategie werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Für das Beteiligungsportfolio ist die Fokussierung auf unternehmerisch vorteilhafte, die Wertschöpfungskette unterstützende Beteiligungen vorgesehen. Die Reduktion des Beteiligungsbestands um nicht mehr benötigte oder in Abwicklung befindliche Beteiligungen wird fortgesetzt, wobei ausgewählte strategisch fundierte Akquisitionen oder Aufstockungen nicht ausgeschlossen sind.

Insgesamt verringerte sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Mio. €. Es betrug per 31. Dezember 2012 15 Mio. €. Der Risikorückgang beruht im Wesentlichen auf Buchwertabschreibungen und Kapitalrückzahlungen. Im Jahresverlauf wurde die Beteiligung der S-Servicepartner GmbH an der SDZ Westfalen-Lippe GmbH in die Messung des Anteilseignerrisikos aufgenommen.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstestings wurden als maßgebliche Risikofaktoren die Bonität der Beteiligungen, deren Ertragskraft und deren Unternehmenswerte identifiziert. Dabei erfolgt eine Variation der Parameter Ratingeinstufungen, Beteiligungserträge und Wertberichtigungen.

Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert. Dazu gehört auch die Überwachung der Risikokonzentrationen, die qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen erfolgt.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden bestimmte Unternehmen, die beispielsweise zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die zentrale Liquiditätsversorgung des Konzerns zu gewährleisten, ist Aufgabe des Bereichs Treasury und Trading im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Im Jahr 2012 war der Konzern für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtlichen Liquiditätskennziffern gemäß §11 KWG wurden eingehalten.

Auswirkungen der Finanzkrise

Seit Beginn der Finanzkrise im zweiten Halbjahr 2007 ist die Funktionsfähigkeit der Refinanzierungsmärkte eingeschränkt. Einer Verbesserung in den Jahren 2009 und 2010 stand eine drastische Verschlechterung im Jahr 2011 gegenüber.

Das gesamte Geschäftsjahr 2012 war mit wechselnder Intensität durch Unsicherheiten über die Zahlungsfähigkeit europäischer Staaten, insbesondere Griechenland, Spanien und Italien, geprägt. Die Europäische Zentralbank bekräftigte ihren seit Beginn der Finanzkrise stets demonstrierten Willen, die Märkte mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Insbesondere die Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi Anfang Juli, alles für den Erhalt des Euro tun zu wollen, hatte eine positive Wirkung zunächst auf die Refinanzierungskosten Spaniens und Italiens. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im September grünes Licht für den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM gegeben hatte, setzte sich diese Entspannung über alle Kapitalmarktsegmente hinweg fort. Davon profitierten Banken im gesamten Euro-Raum, die insbesondere das vierte Quartal 2012 zu langfristigen Mittelaufnahmen nutzen konnten.

In diesem fragilen und weiterhin angespannten Umfeld ist die Refinanzierungs- und Liquiditätssituation der Landesbank Berlin geordnet. Es gelang im gesamten Jahresverlauf 2012 stets, das Geschäftsvolumen vollständig unter Vorhaltung ausreichender Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren.

Grundlagen und Liquiditätskennziffern

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

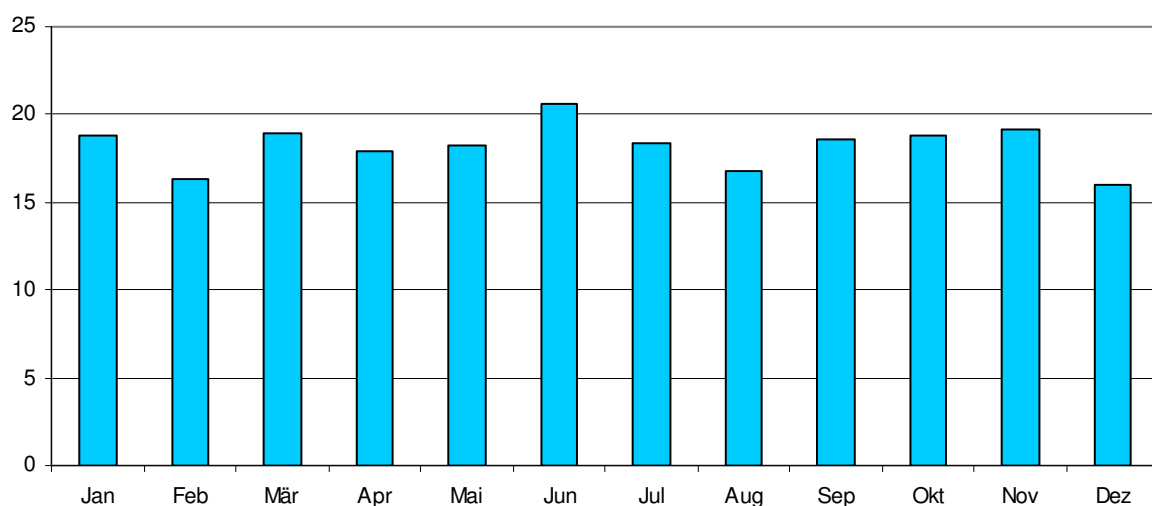
Die Liquidität der Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen

innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung.

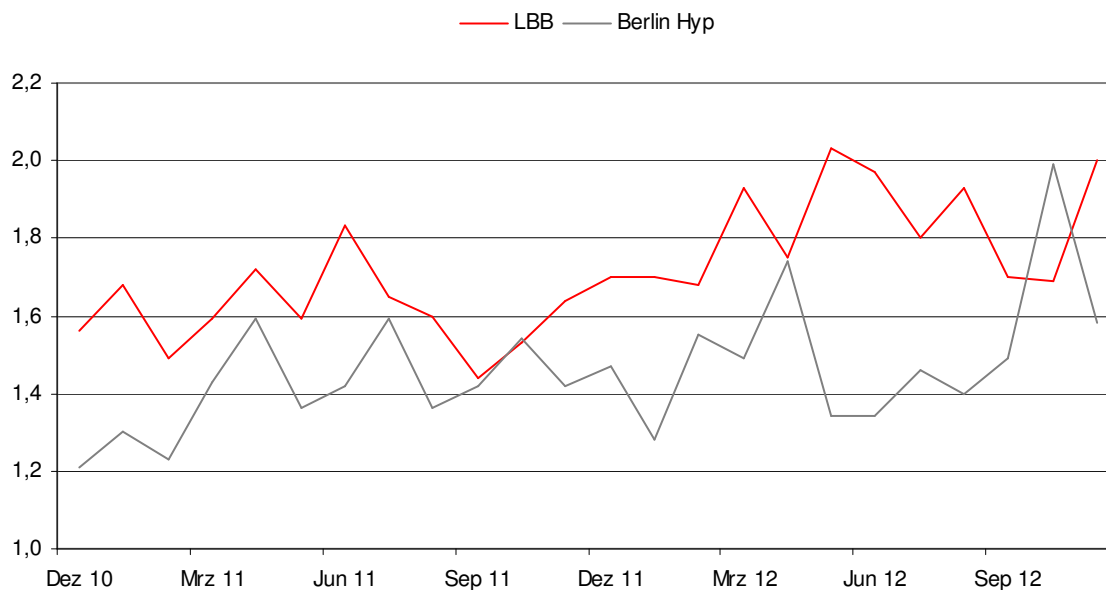
Kumulierter Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage des LBBH-Konzerns in Mrd. €



Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung des Konzerns wird im Folgenden beschrieben und erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern.



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

	2012	2011
Landesbank Berlin	2,00	1,64
Berlin Hyp	1,58	1,42

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Für den Konzern wird zusätzlich ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikocontrolling vorgenommen. Dazu werden täglich Berechnungen unter Stressannahmen durchgeführt. Die Modellparameter dieser Stressszenarien basieren auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung und erfüllen die Anforderungen der MaRisk.

Das interne Liquiditätsrisiko wird unterteilt in das kurzfristige Beschaffungsrisiko, das mittel- und langfristige Fristenrisiko sowie das Preisrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Beschaffungsrisiko, stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten

Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr fristgerecht und in vollem Umfang nachkommen zu können.

Unter Fristenrisiko wird das Risiko verstanden, dass mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongiert werden können.

Das Preisrisiko ist das Risiko, dass Anschlussrefinanzierungen in der Zukunft auf Grundlage veränderter Refinanzierungsspreads getätigt werden. Im Rahmen einer im Januar 2012 vom Vorstand beschlossenen Methodenänderung wurde die Ermittlung des Preisrisikos verbessert. Der Betrag wird seitdem unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. In der Kapitalablaufbilanz werden neben den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen folgende Annahmen berücksichtigt:

- Prolongation von Aktivfälligkeiten,
- modelliertes Abzugsverhalten von Einlagen,
- Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen,
- auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen,
- die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien.

Konzerninterne Zahlungen werden bei der Erstellung der Kapitalablaufbilanz nicht berücksichtigt. Durch dieses Vorgehen wird die korrekte Darstellung und Liquiditätswirksamkeit jedes Zahlungsstroms sichergestellt.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling überwacht, so dass auch unter den vorgenannten restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist.

An diese kurzfristige Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesi-

cherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Die Liquiditätsreserve setzt sich aus qualitativ hochwertigen Wertpapieren gemäß MaRisk zusammen. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die BaFin informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2012 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine

zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Beschaffungsrisiko führen.

Risikokonzentrationen werden in vordefinierten Reports separat betrachtet und turnusmäßig an den Vorstand berichtet.

Adressen- und branchenspezifische Konzentrationen bestehen bei unseren Einlagen aus der Sparkassenfinanzgruppe, die seit 2008 stetig erfreulich gewachsen sind.

Währungsspezifische Konzentrationen bestehen in der Heimatwährung Euro. Das Exposure in Fremdwährungen ist relativ zur Bilanzsumme und zum Exposure von Wettbewerbern niedrig.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Retaileinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu mehr als 80 % im deutschen Raum. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf deutlich unter 20 % geschätzt wird.

Die LBB setzte auch im Jahr 2012 ihre bereits 2009 begonnene Strategie fort und führte die notwendigen Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von klassischen Kundenprodukten und Privatplatzierungen durch. Diese Strategie war auch im Pfandbriefbereich erneut erfolgreich, in dem im Konzern im Jahr 2012 nur ein Jumbo-Hypothekenspfandbrief der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank extern begeben wurde.

Restlaufzeitengliederung

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2012, gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisikocontrollings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettozahlungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

	2012	2011
in Mio. €		
Kreditinstitute		
<= 1 Monat	9.818	19.003
> 1 Monat und <= 1 Jahr	12.267	11.563
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	1.065	1.008
> 5 Jahre	956	1.060
Gesamt	24.106	32.634
Kunden		
<= 1 Monat	26.104	24.220
> 1 Monat und <= 1 Jahr	2.987	5.673
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	6.979	8.934
> 5 Jahre	8.311	9.525
Gesamt	44.381	48.352
Emittierte Wertpapiere		
<= 1 Monat	928	809
> 1 Monat und <= 1 Jahr	7.857	8.019
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	27.074	31.166
> 5 Jahre	3.989	6.147
Gesamt	39.848	46.141
Derivate Verbindlichkeiten		
<= 1 Monat	3.858	3.972
> 1 Monat und <= 1 Jahr	3.427	3.507
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	8.447	8.088
> 5 Jahre	3.578	3.631
Gesamt	19.310	19.198

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Der Konzern geht Marktpreisrisiken insbesondere in Form von Credit Spread-, Zins-, Aktien- und Währungsrisiken in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch steht der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entscheidet. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich

des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter unterstützt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risiko und Controlling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet. Im Zuge der Einsatzgenehmigung für ein neues IT-System zur Marktpreisrisikoermittlung für Aktienprodukte durch die BaFin wurde per 20. März 2012 auch der aufsichtsrechtliche Faktor für die mit Eigenmitteln zu unterlegende Marktrisikoposition in der LBB von 3,8 auf 3,4 gesenkt.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Top Management Reports.

Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen im Konzern

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Minima und Maxima den Limits gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

Value-at-Risk Konzern

	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	31.12. 2012	31.12. 2011
in Mio. €								
Kapitalmarktgeschäft	70	102	24	54	114	181	170	170
Client Business Distribution	0	0	0	0	0	0	0	0
Client Business Production	3	11	2	5	8	24	24	24
Treasury & Trading	69	91	24	42	110	173	170	170
Internationales Geschäft	0	1	0	0	1	2	5	5
Bankbuch	49	77	29	33	86	136	195	230
Bankbuch Landesbank	34	73	20	45	52	136	125	150
Sonstige Bankbücher	29	2	16	1	52	4	-	-
<i>davon</i>								
<i>Bankbuch Berlin Hyp</i>	<i>29</i>	<i>35</i>	<i>15</i>	<i>14</i>	<i>52</i>	<i>59</i>	<i>75</i>	<i>85</i>
Konzern	84	127	32	56	148	237	320	400
Aktienrisiko	4	9	2	4	7	18		
Währungsrisiko	10	13	6	7	21	21		
Zinsrisiko	35	55	16	26	64	114		
Credit-Spread-Risiko	59	86	29	39	123	175		
Konzern	84	127	32	56	148	237		

"Sonstige Bankbücher" beinhalten seit Januar 2012 die Berlin Hyp. Alle enthaltenen Einzelportfolien sind limitiert.

Gemäß der Struktur 2011 ist bei den "Sonstigen Bankbüchern" die Berlin Hyp nicht enthalten.

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzern-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden die in der Tabelle Value-at-Risk Konzern enthaltenen Risiken dargestellt. Hinzu kommen zum Beispiel Angaben zu Unterportfolien sowie eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Darüber hinaus erfolgen Detailrisikoausweise. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2012 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das ausgewiesene Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr etwas gestiegen, vor allem aus der direkten Verwendung von Teilen des Eigenkapitals zur Refinanzierung festverzinslicher Kundenforderungen.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und –100 Basispunkte (BP) werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

in Mio. €	+ 100 BP		- 100 BP	
	2012	2011	2012	2011
Konzern	-168	-111	135	79
LBB	-102	-75	40	43
Berlin Hyp	-48	-22	82	21
Andere	-17	-13	13	15

Die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs der LBB AG sind gemäß Vorgabe der Solvabilitätsverordnung bezüglich der Änderungen um +200 und –200 Basispunkte zu betrachten:

in Mio. €	+ 200 BP		- 200 BP	
	2012	2011	2012	2011
LBB (Anlagebuch)	-235	-148	41	-31

Die Methodik der Szenarioberechnung beruht für Kredite und Einlagen auf einer mathematischen Approximation auf Basis der Zinssensitivitäten und für Kapitalmarktprodukte auf einer kompletten Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile,

jeweils mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei Null. Daraus resultiert im Wesentlichen die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall. Die Bank plant mit Blick auf das weiterhin bestehende Umfeld sehr niedriger Zinsen, die begonnene Modellanpassung zur Berücksichtigung von negativen Zinsen im Jahr 2013 abzuschließen.

Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk Konzern aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 10 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des britischen Pfund.

Aktien- und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten sowie verbleibenden Handelsstrategien im „Treasury & Trading“, welche jedoch sukzessive abgebaut werden. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Das Fondsportfolio ist überwiegend im Anlagebuch verbucht. Die Fonds werden hier wie Aktien behandelt. Bei den verbleibenden Fonds des Handelsbuchs wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen.

Credit Spread-Risiken

Das Credit Spread-Risiko stellt neben dem Zinsänderungsrisiko eines der bedeutendsten Risiken im Konzern dar. Die möglichen Änderungen aus unterschiedlichen Credit Spread Entwicklungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die „Ausweitung fremder Credit Spreads“ beinhaltet eine ratingspezifische, laufzeitabhängige Ausweitung fremder Credit Spreads (+30 bis +300 BP), die „Einengung eigener Credit Spreads“ eine laufzeitabhängige Einengung unbesicherter eigener Credit Spreads (-30 BP unbesichert, -100 BP Nachrang).

	<u>Ausweitung fremder Credit Spreads</u>		<u>Einengung eigener Credit Spreads</u>	
	2012	2011	2012	2011
in Mio. €				
Konzern	-371	-280	-274	-294
KMG	-183	-172	-26	-29
Bankbuch	-188	-108	-248	-265

Die Änderungen in dem Szenario „Ausweitung fremder Credit Spreads“ sind nicht auf den Ausbau der Position in Fremdemissionen zurückzuführen, sondern auf eine methodische Änderung. Die Methodik wurde dahingehend angepasst, dass nunmehr auch Bestände in Staatsanleihen und Anleihen deutscher Bundesländer mit einer Credit Spread-Sensitivität versehen werden. Bislang wurden diese Papiere - im Gegensatz zu anderen Fremdemissionen wie Banken und Corporates - nur in den Zins-Szenarien dargestellt.

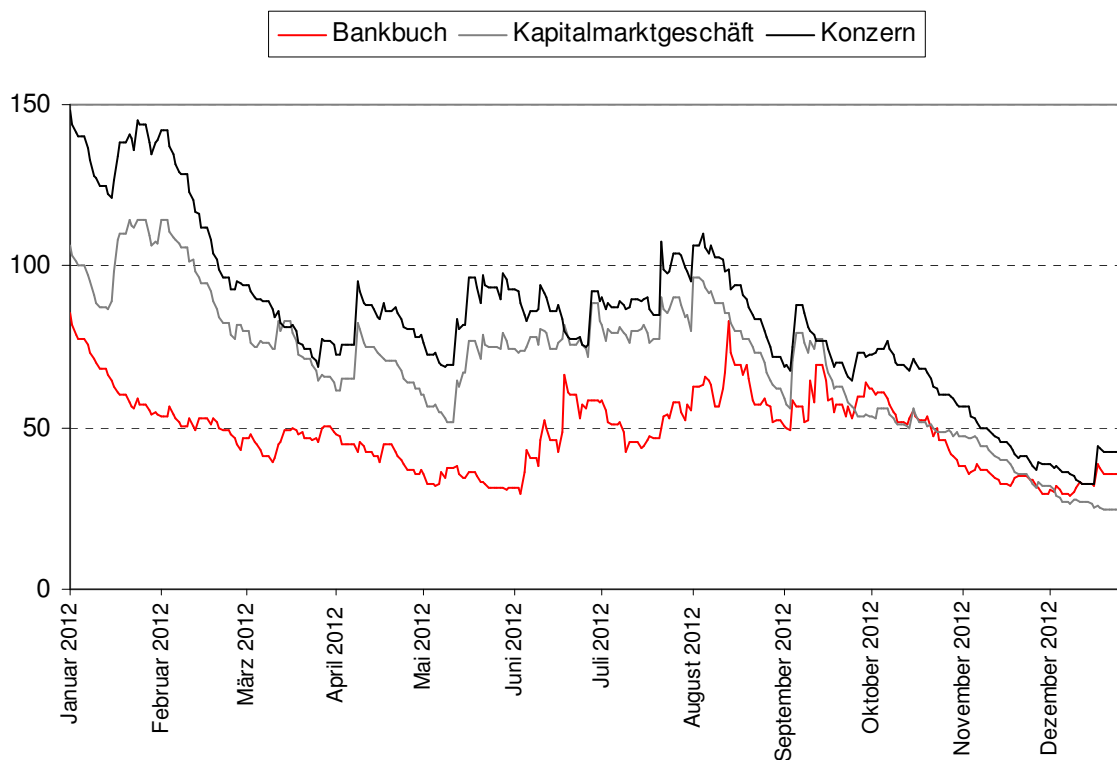
Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns

Das Marktpreisrisiko ist per Ende 2012 im Vergleich zum 31. Dezember 2011 um 100 Mio. € auf 48 Mio. € gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2012 betrug es 84 Mio. €.

Im Verlauf des Jahres waren leichte Risikoanstiege aufgrund von gestiegenen Credit Spread-Volatilitäten im Zuge der Preisverfälle insbesondere bei italienischen und spanischen Finanztiteln und europäischen Staatsanleihen zu beobachten. Über das Jahr betrachtet ist das Risiko jedoch vorrangig infolge von gesunkenen Credit Spread-Volatilitäten insgesamt zurückgegangen.

Im Jahresverlauf 2012 ergaben sich die folgenden Auslastungen für den Konzern (Limit: 320 Mio. €), das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 170 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 195 Mio. €):

Marktpreisrisiko des Konzerns in Mio. €



Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiedenen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen.

Die Korrelationen der aktuell circa 11.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt.

Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung im Konzern die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag zum Jahresende 2012 mit Vier im grünen Bereich.

Für die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition der LBB gemäß internem Modell wird das eigentliche Marktrisikomodell um die gesetzlich vorgeschriebenen Komponenten Krisenrisikobetrag (Stressed VaR) und zusätzliches Ausfall- und Migrationsrisikos (Incremental Risk Charge, IRC) ergänzt. Die Ermittlung des Stressed VaR basiert dabei auf der gleichen methodischen und technischen Grundlage wie die Ermittlung des VaR. Die IRC wird im für die Kreditrisikosteuerung verwendeten Kreditportfoliomodell durch geeignete Parametrisierung berechnet.

Es erfolgt eine untätige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Sicherungsbeziehungen

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge wendet der Konzern das so genannte Hedge Accounting nach IAS 39 an. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Ferner werden nach IFRS im Rahmen eines Makro Cash-flow-Hedges die Schwankungen von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps abgesichert.

Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 8.6 im Konzernabschluss.

Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert. Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen

ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden weiterhin sehr selektiv und in begrenztem Umfang in einfachen europäischen ABS-Transaktionen vorgenommen. Eine Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

Verbriefungsportfolio des Konzerns per 31. Dezember 2012

	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating						
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. Grade	Default	Not rated
in Mio. €									
Ausgewählte strukturierte Verbriefungen	2.570	2.569	1.777	274	265	15	238	0	0
CMBS	24	24	0	0	10	0	13	0	0
RMBS	1.651	1.650	1.329	0	80	15	225	0	0
Verbriefte Auto Loans	445	445	445	0	0	0	0	0	0
Verbriefte Student Loans	401	401	3	274	126	0	0	0	0
Verbriefte Credit Loans	49	49	0	0	49	0	0	0	0
CDO	1.058	1.058	173	699	145	36	5	0	0
Synthetische CDOs	0	0	0	0	0	0	0	0	0
True-Sale-CDOs von nicht strukturierten Underlyings	1.057	1.057	173	698	145	36	5	0	0
CDO of ABS	1	1	0	1	0	0	0	0	0
Sonstige strukturierte Verbriefungen	286	225	0	5	79	0	58	0	83
Konzern LBBH	3.914	3.852	1.950	978	489	51	301	0	83

CMBS: Commercial Mortgage Backed Security
RMBS: Residential Mortgage Backed Security

CDO: Collateralized Debt Obligation
ABS: Asset Backed Security

Bei den in der Tabelle aufgeführten sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuordenbar sind sowie um nicht geratete Fonds (83 Mio. €), die Verbriefungen enthalten.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von der Bank selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objek-

te in Fonds, an denen die Bank beteiligt ist. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbstgenutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilien-Portfolios weiter abzubauen.

Das Risiko ist im Jahresverlauf 2012 geringfügig um circa 1 Mio. € auf 64 Mio. € angestiegen.

Die Risiken werden nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Steuerung/Überwachung, Analyse und Berichterstattung umfasst. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen

Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind. Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren), sowie
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung und Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA - Advanced Measurement Approach) gemäß § 278 SolvV, der zur Jahreswende 2011/2012 genehmigt wurde. Unter Anwendung des AMA, welcher die gemäß SolvV vorgegebenen Modellbestandteile berücksichtigt, wurde im Jahr 2012 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für den Konzern in Höhe von 121 Mio. € (Vorjahr: 154 Mio. €) ermittelt.

Die Risikoberechnung nach dem AMA-Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31. Dezember 2012 für den Konzern einen Wert von 116 Mio. € (Vorjahresstichtag: 142 Mio. €). Das operationelle Risiko hat sich im Jahresverlauf 2012 aufgrund einer aktualisierten Datenhistorie und Neubewertung von speziellen Risikoszenarien um 26 Mio. € reduziert.

Compliance

Compliance steht allgemein für die Einhaltung gesetzlicher und regulatorischer Bestimmungen sowie Handeln im Einklang mit den ethischen Werten des Unternehmens (compliance-gerechtes Verhalten).

Im Konzern umfasst die Zuständigkeit des Bereichs Compliance über die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben der Wertpapier-Compliance, des Datenschutzes und der Geldwäsche- und Betrugsprävention hinaus alle Maßnahmen zur Vermeidung von Reputationsschäden, die sich aus einem nicht compliance-gerechten Handeln von Mitarbeitern oder Externen ergeben können (Corporate Compliance). Ein regelmäßig erscheinender Compliance-Newsletter mit aktuellen Themen dient außerdem dazu, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern noch stärker mit diesen Aufgabenstellungen vertraut zu machen.

Jährlich wird eine Gefährdungsanalyse erstellt, in der alle Bereiche und die Prozesse des Konzerns daraufhin untersucht werden, welche Präventionsmaßnahmen in Bezug auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstige strafbare Handlungen existieren. Dabei werden die Wirksamkeit der zentralen und dezentralen Schlüssel-Kontrollen (zum Beispiel Vier-Augen-Prinzip) sowie der Kontrollen zur Geldwäsche- und Betrugsprävention, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung und Embargoverstößen analysiert und bewertet.

Personalrisiken

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.

-
- Motivationsrisiko: Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenkollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

Weiterhin wird dolosen Handlungen durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es dem Konzern, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Dabei orientiert sich die Qualität der Informationssicherheit am Best Practice Standard „Sicherer IT Betrieb“ der Finanz Informatik (FI). Hiermit ist eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt unter anderem durch externe Auditoren, zum Beispiel durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum). Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiterentwickelt. So wurde die S-Servicepartner GmbH (vormals BankenService GmbH) als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001 im Jahr 2012 rezertifiziert.

Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2012 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen (zum Beispiel Basel III / CRD IV),
- Fortsetzung der Konsolidierung und Standardisierung der IT-Infrastruktur im Sinne der IT-Strategie der LBB (Einsatz von Standardlösungen der FI),
- Optimierung der Infrastruktur sowie Modernisierung der Kernanwendung im Kapitalmarktgeschäft,
- Ausweitung des Drittkundengeschäfts der S-Servicepartner GmbH.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallmanagement

Für Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt der Konzern über eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse zwecks Sicherung des Bankbetriebs und Reduzierung von Verlusten im Fall einer schweren Betriebsstörung. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat zur Koordination und Überwachung der Informationssicherheit sowie zur Überwachung des Notfallmanagements einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Outsourcing

Der Konzern führt regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit durch. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Im Bereich Einkaufsmanagement wurde die Dienstleistersteuerung gebündelt. Die Einheit Dienstleistersteuerung überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung und Dienstleistersteuerung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken begegnet der Konzern grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Das Land und der LBB-Konzern haben im Jahr 2012 versucht, sich über die Höhe der für die Zeit ab dem Kalenderjahr 2012 geschuldeten Avalprovision zu verständigen, hierzu jedoch

keine Einigung erzielt. Insofern verbleibt es vorläufig weiterhin bei dem Betrag von jährlich 15 Mio. €.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding, die RVG sowie für weitere Konzernunternehmen. Für die LBB und die Holding umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2012 nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Evers.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Impliziter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden bei Kontrollen Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen. Eine Überprüfung dieser Prozesse und die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgen auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht der Konzern das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Chancen- und Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das weltwirtschaftliche Umfeld ist weiterhin von Unsicherheiten geprägt. Europa verzeichnet eine durch Konsolidierungspakete initiierte Rezession. Sie verläuft im Unterschied zu 2008/09 jedoch glimpflich, weil die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben, zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die schwache Binnennachfrage durch Verbesserungen im Außenbeitrag entscheidend abgemildert wird. Allerdings stößt dieser Prozess an Grenzen. In Fernost sowie den USA hat er zwischenzeitlich schon zu einer Wachstumsverlangsamung beigetragen. Immerhin brach damit auch der zuvor stetige Aufwärtstrend in den Rohstoffnotierungen ab, so dass sich die Kaufkraft wieder stabilisieren und eine Zuspitzung der Gesamtlage vermieden werden kann.

Deutschland wird auch 2013 nur einen moderaten Zuwachs im Bruttoinlandsprodukt verzeichnen können. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit hebt sich die Entwicklung gleichwohl positiv vom übrigen Eurogebiet ab.

Die Region Berlin und Brandenburg bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Bei einer insgesamt labilen Wirtschaftslage hebt sich das Geschehen aber eher positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Im Trend ist folglich von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich der Branchenmischung in unserer Region zuzuschreiben, die stark auf Dienstleistungen ausgerichtet ist. Namentlich sollten der Ausbau des Tourismus und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei unternehmensnahen Dienstleistungen für weitere Impulse sorgen. Darüber hinaus sollte aber auch die Baukonjunktur bei günstigen Finanzierungskonditionen und gesteigertem Interesse an Sachwerten robust bleiben.

Die Europäische Zentralbank nimmt Rücksicht auf die Verschuldungssituation an der Euro-Peripherie und behält ihren stützenden Kurs mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor bei. Trotz üppiger Liquidität bleibt das Inflationsrisiko überschaubar. In Deutschland liegt die Teuerung künftig nicht mehr unter dem Euro-Durchschnitt; große Dis-

krepanzen in die Gegenrichtung sind aber wenig wahrscheinlich. Konflikte um die künftige Ausgestaltung des gemeinsamen Währungsraums können keiner schnellen Lösung zugeführt werden. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik aber pragmatisch. Marktinterventionen und die Fortführung von international abgestimmten Auffanglösungen sollen den Zerfall des Euroraums verhindern. Eine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise bislang aber nicht. Von erhöhten Risikoaufschlägen für wettbewerbsschwächere Länder und robuster Nachfrage nach deutschen Anleihen ist folglich weiter auszugehen.

Das Kreditgewerbe bewegt sich in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Höhere Anforderungen an das Eigenkapital werden kaum allein per Thesaurierung gedeckt werden können. Darüber hinaus sind die verschärften Anforderungen an die Liquidität zu berücksichtigen. Im Verhältnis zu den niedrigen Leitzinsen bleibt die Zinskurve flach und das Renditeniveau in den wenigen risikoarmen Asset-Klassen unauskömmlich. Gleichzeitig trägt das labile Marktumfeld zu anhaltend hoher Risikovorsorge der Institute bei. Die Einengung der Risikoaufschläge zwischen Banken ist maßgeblich an das Interventionsversprechen der Europäischen Zentralbank geknüpft. Zweifel an deren Umsetzbarkeit sind aber nicht ausgeräumt, so dass eine neuerliche Ausweitung einkalkuliert werden muss.

Geschäftliche Ausrichtung

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern weiter darauf ausgerichtet, in seinen strategischen Geschäftsfeldern die Position im Kundengeschäft weiter auszubauen. Hierbei gilt es, die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Andererseits erfordern die anstehenden qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III eine zielgerichtete Investitions- und Desinvestitionspolitik in den jeweiligen Asset-Klassen.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Der Konzern nimmt dabei immer stärker eine Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Nach dem Squeeze-out im August 2012 befindet sich die LBB mit ihren Tochtergesellschaften vollständig im Eigentum der deutschen Sparkassen. Zusammen mit der DekaBank gehören der Sparkassen-Finanzgruppe damit zwei Unternehmen, die bereits heute wichtige Leis-

tungen im Verbund erbringen. Die Eigentümer von LBB und DekaBank haben unter Einbindung beider Häuser eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung erarbeitet. Danach sollen Überschneidungen in den Geschäftsaktivitäten von LBB und DekaBank abgebaut und die Stärken beider Häuser noch besser für die Sparkassen und deren Kunden nutzbar gemacht werden. Die Empfehlung beinhaltet folgendes Zielbild:

- Die LBB soll sich als Berliner Sparkasse auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin-Brandenburg konzentrieren. Zudem soll sie als wichtiger Verbundpartner ihr Know-how weiterhin den Sparkassen zur Verfügung stellen und ihre Leistungen bei Bedarf ausbauen. Zur Berliner Sparkasse sollen unter anderem die Tochterunternehmen S-Kreditpartner GmbH und S-Servicepartner GmbH, die netbank AG sowie der Direkt-BankService gehören.

Für das Geschäftsfeld Private Kunden sind keine direkten Auswirkungen zu erwarten. Das Geschäft mit Privatkunden ist Kerngeschäft der sich neu formierenden Berliner Sparkasse. Mit der strategischen Ausrichtung im Rahmen des Projekts „Wege zum Kunden“ ist das Geschäftsfeld hier zukunftsfähig aufgestellt. Wichtige Pfeiler des Zielmodells sind zudem das Kreditkartengeschäft sowie die Verbundaktivitäten der S-Kreditpartner.

Für das Geschäftsfeld Firmenkunden hängen die Auswirkungen einer neu formierten Berliner Sparkasse von der konkreten Ausgestaltung der noch zu fassenden Beschlüsse ab. Eine fundierte Aussage zu den Auswirkungen ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Für den regionalen Kernmarkt werden durch die Fokussierung auf das Retailgeschäft und die Marke Berliner Sparkasse positive Impulse gesetzt. Beschränkungen der Geschäftstätigkeit würden die ambitionierte Mittelfristplanung beeinträchtigen.

- Die Berlin Hyp, in der das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns konzentriert wird, soll sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank der Sparkassen positionieren.

Hiervon ist das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung betroffen. Das entsprechende Finanzierungsgeschäft der Region Berlin und Umland fällt in der Regel in die Zuständigkeit der Berliner Sparkasse. Die Aktivitäten zur Umsetzung der Zielstruktur wurden aufgenommen, wobei das Kundengeschäft hiervon ohne Beeinträchtigung der gewohnten Qualität und Schnelligkeit bleiben soll. Diese vorgesehene Neuausrichtung des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung soll die große Chance bieten, sich einem noch größeren Kundenkreis und den deutschen Sparkassen als kompetenter und zuverlässiger Partner in der gewerblichen Immobilienfinanzierung präsentieren zu können.

-
- Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft soll zusammen mit der LBB-INVEST ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank werden.

Im Kapitalmarktgeschäft sollen dadurch Doppelfunktionen abgebaut und die Stärken beider Institute besser genutzt werden, um dem sich schnell und stark veränderten Umfeld für die Finanzwirtschaft optimal begegnen zu können.

Im Verlauf des Jahres 2013 sollen in den Gremien der Eigentümer, der LBB und der DekaBank die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Bis zur Umsetzung der hieraus gegebenenfalls resultierenden Maßnahmen bleibt der Konzern in seiner bisherigen Struktur bestehen.

In den nachfolgenden Erläuterungen zur Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder und zur Mittelfristplanung 2017 sind dementsprechend Veränderungen durch das künftige Modell noch nicht berücksichtigt.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von Kennzahlen, die nach den Regelungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) ermittelt werden. Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität der strategischen Geschäftsfelder sowie der Segmente „Refinanzierung und Zinsmanagement“ und „Sonstiges“ ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“ nach einem ökonomischen Verfahren. Für die Eigenkapitalrentabilität auf Konzernebene wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital zu Grunde gelegt.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die konjunkturelle Entwicklung bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Die strategische Neuausrichtung im Kapitalmarktgeschäft soll die Ertragsstruktur verbessern und die Ergebnisvolatilität und Risiken verringern. Die regulatorischen Änderungen im Rahmen von Basel III, vor allem die verschärften Anforderungen an die Kapital- und Liquiditätsausstattung, werden bei der Entwicklung der Geschäftsfelder berücksichtigt.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Kundengeschäfte. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft seinen Kunden weiterhin zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfelds sowie der beschriebenen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen strategischen Geschäftsfeldern folgende Entwicklungen erwartet.

Private Kunden

Die marktführende Position bei Privatgirokonten (Marktanteil in Berlin stabil bei rund 40 %) konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut werden. Im Jahr 2012 wurden netto 24.000 Privatgirokonten dazugewonnen. Wir gehen auch für das Jahr 2013 von einer wachsenden Marktakzeptanz aus, da die Konten die hohe Servicequalität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis verbinden. Die Auszeichnung mit dem Deutschen Servicepreis 2012 in der Kategorie „Beste Bankberatung vor Ort“, gemeinsam mit zwei weiteren Banken, bestätigt auch aus externer Sicht die Qualitätsführerschaft der Berliner Sparkasse. Darüber hinaus wurde die Berliner Sparkasse im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge als „Beste Bank in Berlin“ im City Contest der Zeitschrift FOCUS Money bewertet. Zudem erreichte die Berliner Sparkasse in einem im September 2012 durchgeführten Test durch das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) und n-tv in der Beratung Altersvorsorge unter neun regionalen Filialbanken den ersten Platz. Die Berliner Sparkasse war zudem Testsieger der DISQ-Studie „Online-Banking Filialbanken 2012“.

Chancen ergeben sich aus der kompetenzorientierten Neuausrichtung des Vertriebs im Kernmarkt der Berliner Sparkasse und den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten- und Direktbankgeschäft sowie das Konsumentenkredit-Geschäft.

Die im Rahmen des Projekts „Wege zum Kunden“ gesteckten Ziele werden auch im Jahr 2013 stringent verfolgt mit dem Ziel, das Geschäftsvolumen auszuweiten und dadurch den Ertrag zu steigern. Während die PrivatkundenCenter eine flächendeckende Versorgung vor Ort für die Finanzgeschäfte des täglichen Bedarfs bieten, ist die kompetente Beratung zu Finanzthemen wie Altersvorsorge, Vermögensaufbau und Geldanlage in den FinanzCentern gebündelt. Zusätzlich decken die VermögensanlageCenter komplexe Beratungswünsche ab. Diese Standorte – sowie die drei ImmobilienCenter – sind in drei regional ausgerichteten Marktbereichen zusammengefasst. Ergänzt wird der stationäre Vertrieb durch das Private Banking, in dem hochvermögende Kunden professionell betreut werden. Darüber hinaus sind die Vertriebsbereiche „Direkt“ und „Mobile Beratung“ seit 2011 erfolgreich am Markt tätig. Diese richten sich insbesondere an Kunden, die den Kontakt zu ihrer Bank über Direktkanäle, wie zum Beispiel Internet oder Telefon, suchen, beziehungsweise einen Besuch ihres Beraters zu Hause oder am Arbeitsplatz wünschen.

Ein weiterer wesentlicher Baustein dieser vertrieblichen Neuausrichtung ist die Weiterentwicklung des Customer-Relationship-Management-Systems, um die Ansprache unserer Kunden noch stärker auf deren Wünsche und Bedürfnisse zuzuschneiden. Die Umsetzung erfolgte zum Jahresbeginn 2013.

Des Weiteren hat die Berliner Sparkasse ihre Investment- und Kundenberatungsprozesse im qualifizierten Anlagegeschäft weiterentwickelt. Ziel ist es, die Beratungskompetenz im Wertpapiergeschäft und deren Wahrnehmung im Markt zu steigern sowie den Ausbau des Geschäfts voranzutreiben. Hier wollen wir unsere Position als beste regionale Beratungsbank (von n-tv und DISQ festgestellt) festigen. Die operative Umsetzung im Vertrieb erfolgte ebenfalls zum Jahresbeginn 2013.

Im überregionalen Kartengeschäft werden weitere Produktinnovationen (zum Beispiel kontaktloses Bezahlen mit Visa PayWave und MasterCard PayPass) zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird fortgeführt.

Mit der S-Kreditpartner GmbH, einer gemeinsamen Tochter mit der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG, unterstützt die Bank aktiv die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangene Marktanteile der Sparkassen im Konsumentenkreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen.

Risiken liegen in der Nichterreichung des geplanten Geschäftswachstums in einem unverändert harten Wettbewerbsumfeld, einem sich aus der historischen Niedrigzinsphase ergebenden Druck auf die Erträge sowie in möglichen gesetzlichen oder regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung.

Das Jahresergebnis des Geschäftsfelds Private Kunden wurde durch eine Reihe von Sondereffekten deutlich belastet. Diese Sondereffekte gehen unter anderem auch auf Änderungen der internen Zinsverrechnungsmethodik sowie auf die erhöhte Risikovorsorge aufgrund der regelmäßigen Überprüfung der Inkassobeibringungsquoten zurück. Für die nächsten zwei Jahre erwarten wir eine Verbesserung des Ergebnisses.

Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden der LBB ist kompetenter Partner für Gewerbe- und Firmenkunden im Kernmarkt Berlin und Umland und gehört zu den führenden Marktteilnehmern. Kleinteilige wirtschaftliche Strukturen, ein hoher Anteil an Dienstleistungsunternehmen sowie eine geringe Industriedichte prägen diesen Regionalmarkt. Das Betreuungskonzept der Landesbank Berlin basiert auf einem breiten Spektrum an Finanzdienstleistungen, das auf die jeweiligen Bedürfnisstrukturen der Unternehmen in allen Konjunkturzyklen zugeschnitten ist.

Es ist unser zentraler Anspruch, die beste Bank für Firmenkunden in Berlin zu sein. Wir verfolgen das Ziel, die starke Marktposition in der Region weiter auszubauen und die Ertragsbasis zu stärken. Mit unserem klaren Bekenntnis zum Mittelstands- und Gewerbebankengeschäft wollen wir bestehende Kundenverbindungen vertiefen und neue Kunden hinzugewinnen. Zur Erweiterung der Ertragsbasis nehmen wir darüber hinaus verantwortungsvoll selektiv überregionale Marktchancen wahr.

Die Kunden vertrauen der Expertise und dem verlässlichen Geschäftsmodell und bestätigen dies durch kontinuierlich hohe Loyalitätsquoten. Das Vertrauen unserer Kunden eröffnet Chancen zur weiteren Stärkung und Intensivierung der Geschäftsbeziehungen sowie für die Akquisition neuer Kunden. Dabei setzen wir weiterhin auf einen hohen Qualitätsanspruch und werden uns auf Marktveränderungen zeitnah mit geeigneten Lösungen einstellen, die sich konsequent an den Kundenbedürfnissen ausrichten.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Firmenkundengeschäfts haben wir „Zukunftsprojekte“ durchgeführt. Die strategische Neuausrichtung des Vertriebs im Geschäftsfeld Firmen-

kunden wurde im Jahr 2012 konzipiert und wird im Jahr 2013 umgesetzt. Neben einer forcierten Neukundenakquisition ist der wesentliche Baustein der vertrieblichen Neuausrichtung die systematische Identifizierung von Potenzialen und Bedarfsanalyse in den Kundenbeziehungen durch ein neues zielgruppenadäquates Betreuungskonzept. Die bereits hohe Kundenloyalität soll weiter gestärkt werden und bildet die Basis einer höheren Potenzialausschöpfung.

Zukunftspotenziale lassen besonders die Wachstumsbranchen der Region erwarten, zu denen die Gesundheitswirtschaft sowie die Umwelt- und Energietechnik in Verbindung mit der Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur zählen.

Berlin hat sich in den vergangenen Jahren zur „Gründungshauptstadt“ Deutschlands entwickelt. Als Berliner Marktführer im Gründungsgeschäft unterstützt die LBB Unternehmensgründer durch intensive Beratung und geeignete Finanzierungsmodelle. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Neuansiedlung junger und kreativer Unternehmen und kommen dem Auftrag zur Stärkung und zum Ausbau der Regionalwirtschaft nach.

Wenngleich unverändert Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung besteht, bietet der robuste Regionalmarkt weiterhin Ertragschancen. Belastend auf die Erträge wirkt sich die historische Niedrigzinsphase aus, die wesentlich zu dem anhaltenden Druck auf die Zinsmargen beiträgt. Das im Jahr 2012 erzielte gute Ergebnis wird in den nächsten beiden Jahren, insbesondere aufgrund niedrigerer Zinsmargen im Einlagengeschäft, nicht erreicht werden.

Immobilienfinanzierung

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte im Jahr 2012 seine Position unter den führenden inländischen Immobilienfinanzierern weiter behaupten.

Neben der unveränderten strategischen Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung auf bundesweite Investoren-Finanzierungen und individuelle Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing wird sich das Geschäftsfeld zukünftig noch stärker als Verbundpartner und Kompetenzcenter der Sparkassen etablieren. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen weiterhin zum Zweck einer ausgewogenen Portfoliodurchmischung.

Das Transaktionsvolumen auf dem inländischen Immobilienmarkt konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere großvolumige Portfoliodeals. Ein außerordentlich starkes Schlussquartal führte auf dem Gewerbemarkt zu einer Steigerung um rund 9 %, während der Wohnungsmarkt um mehr als 80 % zulegte. Infolge der starken Nachfrage gingen die Renditen insbesondere in den Top-Metropolen nochmals zurück. Die weitere Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes wird neben der unverändert bestehenden Staatsschulden- und Euro-Krise von der Entwicklung des Konjunkturmilieus bestimmt werden. Grundsätzlich wird für 2013 keine wesentliche Umsatzsteigerung erwartet.

In Vorbereitung auf die zukünftigen verschärften Eigenkapitalanforderungen hat die Bank im Jahr 2012 Maßnahmen zur Eigenkapitaloptimierung ergriffen. Diese führten infolge erhöhter Qualitäts- und Renditeanforderungen zu einem Rückgang des Neugeschäftsvolumens. Anstehende Prolongationen wurden ebenfalls zur Verbesserung der Portfolioqualität mit entsprechender Reduzierung der Eigenkapitalbelastung genutzt. Der Erfolg dieser Maßnahmen führte zu einem Verzicht auf zunächst geplante synthetische Ausplatzierungen. Für das Jahr 2013 strebt der Konzern trotz des unverändert starken Wettbewerbs auf dem Finanzierungsmarkt einen moderaten Anstieg des Neugeschäftsvolumens an.

Neben der verstärkten Ausrichtung als Verbundpartner und Kompetenzzentrum der Sparkassen sehen wir weitere Chancen bei den Neugeschäftszielen in der Intensivierung der Gesamtgeschäftsverbindung mit unseren Immobilienkunden. Hierzu wurden und werden spezielle Produkte entwickelt, die den Anlagebedürfnissen der Sparkassen gerecht werden. Unseren Immobilienkunden werden weitere Verbesserungen und Erweiterungen unserer Produktpalette rund um die Immobilie, insbesondere im Zahlungsverkehr, angeboten. Entsprechende Projekte befinden sich in der Entwicklungs- beziehungsweise Umsetzungsphase.

Vor diesem Gesamthintergrund erwarten wir für das Jahr 2013 einen moderaten Anstieg des Kreditbestands. Wir können aber auch einen Anstieg der Risikovorsorge gegenüber der äußerst geringen Nettoneubildung im vergangenen Jahr nicht ausschließen. Das Geschäftsfeld strebt deshalb in den nächsten zwei Jahren ein operatives Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahres an.

Kapitalmarktgeschäft

Mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurden die Weichen auf die Steigerung der Kundenerträge und die Verringerung der Ergebnisvolatilität in den nicht-kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz gestellt. Die Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordern die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowie die Etablierung einer neuen Vertriebsphilosophie. Hierzu gehört auch die vorgesehene Schließung der beiden Standorte des Konzerns in London (bis September 2013) und Luxemburg (im Wesentlichen bis Mitte 2014). Von entscheidender Bedeutung sind dabei die Investitionen in technische Plattformen, um die benötigten marktgängigen strukturierten Produkte zeitnah, wettbewerbsfähig und in den benötigten Volumina anbieten zu können. Der Ausbau der zentralen Produktmanagement-Funktion und der gesamten Handelsinfrastruktur stehen deshalb im Mittelpunkt der nächsten Jahre.

Die Bank wird als Partner und Dienstleister mittelständische Institutionelle bedienen und insbesondere die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen sowie dabei Veränderungen im Wettbewerbsumfeld nutzen.

Risiken bei der Erreichung dieser Ziele bestehen in einer ungünstigen Veränderung der Wettbewerbssituation sowie in der Markt- und Margenentwicklung. Die internationalen Finanzmärkte dürften auch in den nächsten Jahren von hoher Unsicherheit geprägt sein und für anhaltend volatile Kursverläufe sorgen. Eine weitere Zuspitzung der Staatsschuldenkrise in der Eurozone sowie eine Wachstumsabschwächung stellen dabei die größten Risikofaktoren dar. Es ist mit deutlich steigenden Kapitalkosten im Rahmen von Basel III, insbesondere bei Marktrisikopositionen, zu rechnen, was die Ertragssteuerung in den nächsten Jahren beeinflussen wird. Den erhöhten Anforderungen an die Kernkapitalquote wird unter anderem über einen Abbau von Risikoaktiva begegnet.

Zusammengefasst zielt die Umsetzung der neuen Strategie und die Hebung der identifizierten Potenziale auf die Erwirtschaftung stabiler Erträge sowie auf eine deutliche Verringerung der Ergebnisvolatilität des Geschäftsfelds ab. Über das Gesamtportfolio der Aktivitäten strebt das Kapitalmarktgeschäft im Vergleich zum erfreulichen Ergebnis 2012 für die kommenden zwei Jahre ein stabiles positives Ergebnis an.

Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die anhaltende Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise sowie die anstehenden veränderten

qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III sind in den Planungen berücksichtigt.

Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis zum Jahr 2017 reicht. Darüber hinaus werden zur Einschätzung des Konzernergebnisses und der Eigenkapitalrentabilität die Segmente Refinanzierung und Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung berücksichtigt.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Konzern erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Der Konzern geht davon aus, seine positive Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen zu können. Die Volatilität an den Kapital- und Finanzmärkten ist unverändert hoch und wird nach unserer Einschätzung auch andauern, was eine Prognose entsprechend erschwert. Darüber hinaus wirken sich die im Zuge der verschärften regulatorischen Anforderungen umzusetzenden Maßnahmen auch im kommenden Jahr für den Konzern belastend aus.

Zusätzliche Unsicherheiten ergeben sich aus den möglichen Veränderungen in unserer Unternehmensstruktur. Sofern diese Veränderungen umgesetzt werden, wird das Jahr 2013 ein Jahr des Übergangs sein. In der Folge müssten dann die Strukturen und Kapazitäten in der Berliner Sparkasse an die veränderte Ausrichtung angepasst werden. Alle Maßnahmen werden jedenfalls mit Ergebnisbelastungen verbunden sein. Der Vorstand geht daher davon aus, in den nächsten beiden Jahren nicht das Ergebnis vor Steuern des Geschäftsjahres 2012 zu erreichen.

Bilanz der Landesbank Berlin Holding AG zum 31. Dezember 2012

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2012 TEUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	(1)		2.956.979		2.956.979
				2.956.979	2.956.979
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(2)	237.933			262.924
2. sonstige Vermögensgegenstände	(2)	18.420			27.741
			256.353		290.665
II. Guthaben bei Kreditinstituten	(2)		0		212.991
				256.353	503.656
C. Aktive latente Steuern					
1. Aktive latente Steuern	(3)		355.059		377.243
				355.059	377.243
				Summe der Aktiva:	3.568.391
					3.837.878

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2012 TEUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	(4)		2.554.741		2.554.741
II. Gewinnrücklagen					
1. gesetzliche Rücklage	(4)	46.236			38.514
2. andere Gewinnrücklagen	(4)	741.000			693.166
			787.236		731.680
III. Bilanzgewinn	(4)		100.801		1.914
				3.442.778	3.288.335
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen	(5)		102.849		109.376
2. sonstige Rückstellungen			21.897		9.732
				124.746	119.108
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(6)		0		213.538
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(6)		114		25
3. sonstige Verbindlichkeiten	(6)		753		216.872
davon aus Steuern		3			(4)
				867	430.435
				Summe der Passiva:	3.568.391
					3.837.878

Eventualverbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	(10)		48.015		44.800
2. Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	(10)		512.839		1.091.797
				560.854	1.136.597

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin Holding AG
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012**

	Anhang Textziffern	TEUR	2012 TEUR	Vorjahr TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	(7)		2.155	6.435
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)		18.560	11.874
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	(2)		214.906	16.300
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(8)		1.444	4.222
davon aus verbundenen Unternehmen		147		(3.401)
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(8)		11.562	11.971
davon aus verbundenen Unternehmen		103		(221)
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			188.383	3.112
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(3), (9)		34.220	106.176
davon aus latenten Steuern		22.184		(102.835)
8. Sonstige Steuern			-281	-1.241
9. Jahresüberschuss / -fehlbetrag			154.444	-101.823
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	(4)		1.914	902
11. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	(4)			
aus anderen Gewinnrücklagen			0	102.835
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen	(4)			
in die gesetzliche Rücklage			7.722	0
in andere Gewinnrücklagen			47.835	0
13. Bilanzgewinn	(4)		100.801	1.914

Anhang der Landesbank Berlin Holding AG 2012

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (Holding) ist Mutterunternehmen für den Konzern Landesbank Berlin Holding. Neben diesem Jahresabschluss wird ein Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften gemäß § 315a HGB erstellt und veröffentlicht. Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin AG, Berlin (LBB) erstellt gemäß § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB einen eigenständigen Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Die Holding nimmt im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, welche Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Die Holding ist Tochterunternehmen der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, (RVG). Die Konzernabschlüsse der Konzerne Holding AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB), der LBB und der RVG (größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB) werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt. Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB der Wert beibehalten.

Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

(1) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2011	2.957
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2011	3.037
Zugänge 2012	0
Abgänge 2012	0
Umbuchungen 2012	0
Effekte aus Wechselkursänderungen 2012	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2012	3.037
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2011	80
Zugänge 2012	0
Abgänge 2012	0
Zuschreibungen 2012	0
Umbuchungen 2012	0
Effekte aus Wechselkursänderungen 2012	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2012	80
Buchwert zum 31.12.2012	2.957

(2) Umlaufvermögen

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Ansprüche aus Gewinnabführungen aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen gegenüber der LBB in Höhe von 199,5 (i.Vj.: 0) Mio. EUR und gegenüber der Landesbank Berlin Investment GmbH in Höhe von 15,4 (i.Vj.: 16,3) und ein Geschäftskonto bei der Landesbank Berlin AG in Höhe von 23,0 (i.Vj.: 246,6) Mio. EUR.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich mit 18,4 (i.Vj.: 27,7) Mio. EUR um Forderungen gegenüber den Finanzbehörden.

Mit Beendigung eines besicherten Kreditgeschäftes wurden die Guthaben bei Kreditinstituten zurückgeführt.

Sämtliche Forderungen sind im Folgejahr fällig.

(3) Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen diverser Vermögensgegenstände, Schuldposten und Rechnungsabgrenzungsposten in den Handels- und in den Steuerbilanzen des Organkreises und die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge überstiegen deutlich die passiven latenten Steuern auf entsprechende temporäre Differenzen. In Höhe des Saldos wurden unter Zugrundelegung eines Ertragssteuersatzes von 30,175 % aktive latente Steuern angesetzt. Dieser Steuersatz ergab sich aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zzgl. 5,5 % Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %.

Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden insoweit angesetzt wie deren Nutzbarkeit unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung bei der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer in den kommenden fünf Jahren hinreichend wahrscheinlich erschien. Zur Beurteilung wurde auf die aktuelle Mittelfristplanung unter Berücksichtigung steuerlicher Abweichungen zurückgegriffen.

Im Einzelnen ergaben sich zum 31.12.2012 aktive und passive latente Steuern im Zusammenhang mit folgenden Positionen:

Aktive latente Steuern:	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
Schuldverschreibungen, Aktien, andere Wertpapiere	
Beteiligungen	
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sachanlagen	
Sonstige Vermögensgegenstände	
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	
Sonstige Verbindlichkeiten	
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	
Pensionsrückstellungen	
Steuerrückstellungen	
Andere Rückstellungen	
Passive latente Steuern:	
Sachanlagen	

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand dar.

in TEUR / %	2012
Ergebnis vor Ertragsteuern nach HGB	188.664
Ertragssteuersatz	30,175%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	56.929
1. Steuerfreie Erträge	-4.232
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	46.681
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	3.328
4. Steuersatzabweichungen	0
5. Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	-57.164
6. Nicht abzugsfähige Ertrags- oder Quellensteuer	880
7. Aperiodische Effekte laufende Steuern	-12.353
8. Sonstiges	151
Ausgewiesener Ertragssteueraufwand/Steuerertrag (-)	34.220
Effektiver Steuersatz	18,138%

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus im Inland steuerfreien ausländischen Erträgen der Organtochter LBB und aus nach § 8b Abs. 2 KStG steuerfreien Erträgen. Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen vor allem nach § 8b Abs. 3 KStG nicht abzugsfähige Aufwendungen, eine gemäß Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) zu leistende Avalprovision, die erhobene Bankenabgabe sowie in der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Die Position „Aperiodische Effekte latente Steuern“ resultiert ganz überwiegend aus der Anpassung der aktiven latenten Steuern auf bisher nicht genutzte Verlustvorträge, den Änderungen bei den temporären Differenzen der Vorjahre und die erstmalige Aufnahme einer Tochtergesellschaft in den Organkreis. Die aperiodischen Effekte aus laufenden Steuern zeigen im Wesentlichen eine Steuererstattung aufgrund einer Zwischenveranlagung im Rahmen der Betriebsprüfung für die Jahre 2005-2009.

(4) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Holding beträgt 2.555 Mio. EUR und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Holding hat im Berichtsjahr eigene Aktien weder gehalten noch erworben.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, hat der Holding gemäß § 21 Abs. 1 WpHG im Namen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Holding am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH hat der Landesbank Holding außerdem gemäß § 21 Abs. 1, § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Holding am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Weiterhin hat die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH mitgeteilt, dass sämtliche der vorgenannten Stimmrechte ihr über die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind, da die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH alleinige Komplementärin und Inhaberin sämtlicher Stimmrechte der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist.

Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, hat der Holding gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Holding am 1. Januar 2008 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und zu diesem Tag 10,63 % (106.199.981 Stimmrechte) betrug.

Die außerordentliche Hauptversammlung der Landesbank Berlin Holding AG hat am 25.04.2012 den Beschluss zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär, die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG gefasst. Der Squeeze-out-Beschluss wurde mit seiner Eintragung im Handelsregister am 01.08.2012 wirksam. Die Aktien der Minderheitsaktionäre sind auf den Hauptaktionär übergegangen. Als Folge des Squeeze-out sind die Aktien der Holding seit dem 03.08.2012 nicht mehr an der Börse notiert.

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2012 beträgt 100,8 (i.Vj.: 1,9) Mio EUR. Hierin ist ein Gewinnvortrag i.H.v. 1,9 (i.Vj.: 0,9) Mio. EUR enthalten. Vom Jahresüberschuss 2012 waren 7,7 (i.Vj.: 0) Mio. EUR in die gesetzliche Rücklage einzustellen. In die anderen Gewinnrücklagen wurden 47,8 (i.Vj.: Auflösung von 102,8) Mio. EUR eingestellt.

Eine Ausschüttungssperre auf die Gewinnrücklagen besteht in Höhe der aktivierten latenten Steuern in Höhe von 355,1 (i.Vj.: 377,2) Mio. EUR.

(5) Rückstellungen

Die Rückstellungen bestehen im Wesentlichen für Steuern vom Einkommen und Ertrag und damit zusammenhängende steuerliche Nebenleistungen.

(6) Verbindlichkeiten

Der Vorjahresausweis bei den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 216,9 Mio. EUR betraf hauptsächlich eine Eindeckungsverpflichtung für Wertpapiere, die zwischenzeitlich durch Barausgleich erfüllt wurde.

Die im Vorjahr bestehenden und durch Verpfändung von Guthaben bei Kreditinstituten besicherten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden zurückgeführt.

Die Verbindlichkeiten sind sämtlich im Folgejahr fällig.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen und sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2012	2011
Konzernleistungsverrechnung	3	3
Beratungs-, Prüfungs-, Gerichtskosten sowie Gebühren	2	2
Versicherungsbeiträge	2	2
Zuführung zu Drohverlustrückstellungen	12	5
Insgesamt	19	12

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

Bei den Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen handelt es sich um einen Bewertungsbedarf für Verpflichtungen aus Andienungsrechten in Höhe von 11,5 (i.Vj.: 4,8) Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten einen Bewertungsertrag in Höhe von 1,2 (i.Vj.: 3,0) Mio. EUR. Daneben werden Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von insgesamt 0,9 (i.Vj.: 3,4) Mio. EUR ausgewiesen, von denen 0,9 (i.Vj.: 2,4) Mio. EUR auf Erträge aus der Auflösung von Zinsrückstellungen für Steuern entfallen.

(8) Zinsergebnis

in Mio. EUR	2012	2011
Zinserträge	2	4
aus Forderungen	0	3
aus Steuererstattungen	2	1
Zinsaufwendungen	12	12
für Verbindlichkeiten	3	7
aus Steuernachzahlungen	4	0
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	5	5
Insgesamt	-10	-8

(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der ausgewiesene Ertragssteueraufwand in Höhe von 34,2 (i.Vj.: 106,2) Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus der Minderung der aktiven latenten Steuern in Höhe von 22,2 (i.Vj.: 102,8) Mio. EUR. Hinzu kommt ein Aufwand bei den tatsächlichen Steuern von insgesamt 12,0 (i.Vj.: 3,4) Mio. EUR. Darin enthalten ist ein aperiodischer Steuerertrag von 12,3 (i.Vj.: 5,2) Mio. EUR.

Sonstige Angaben

(10) Außerbilanzielles Geschäft / und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Holding in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen der von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die LBB, die Berlin Hannoversche Hypothekbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Aus mittelbaren Pensionsverpflichtungen gegenüber der Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V. ergab sich eine Verpflichtung in Höhe von 7,8 Mio. EUR.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Holding bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Patronatserklärungen wurden durch die Holding nicht abgegeben.

Die Verpflichtungen aus Garantien betreffen die Haftung der Holding als Gesamtschuldner mit der Landesbank Berlin AG für alle von der Landesbank Berlin Finance (Ireland) plc emittierten Anleihen unter dem MTN-Programm in Höhe von 512,8 (i.Vj.: 1.091,8) Mio. EUR, die aus rechtlichen Gründen nicht im Rahmen der Ausgliederung des Geschäftsbetriebes auf die LBB übertragen werden konnten.

Aus dem Vertrieb eines geschlossenen Immobilienfonds ist die Holding verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100% des Nominalbetrages (83,3 Mio. EUR) zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus eventuell ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 20,5 (i.Vj.: 8,5) Mio. EUR.

Daneben verbürgt die Holding 33 Zertifikate und Schuldverschreibungen in Höhe von 48,0 (i.Vj. : 44,8) Mio. EUR, die sie in der Vergangenheit emittiert und in 2006 auf die LBB übertragen hat.

Die zugunsten von verbundenen Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da davon auszugehen ist, dass die zugrundeliegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Die Holding hat keine Dienstverträge mit Beschäftigten abgeschlossen. Die Durchführung der Geschäfte erfolgt durch das Tochterunternehmen LBB im Wege einer Geschäftsbesorgung.

Die am Jahresende 2011 noch bestehende Eindeckungsverpflichtung für Wertpapiere, die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen war, ist zwischenzeitlich durch Barausgleich erfüllt.

(11) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die den Vorstand der Obergesellschaft Holding bildenden Herren Dr. Evers und Müller sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Dienstverträge der Herren Dr. Evers und Müller sowie auch die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB, die auf dieser vertraglichen Grundlage die Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder zahlt, erhält von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 TEUR je Vorstandsmitglied bzw. 6 TEUR für den Vorstandsvorsitzenden. Hierfür wurden von der Holding im Jahre 2012 132 (i.Vj.: 132) TEUR als Aufwandsersatz erstattet.

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2012	2011
Gesamtbezüge des Vorstands	0	0
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾	390	390

¹⁾ ohne Umsatzsteuer

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2012	2011
an Mitglieder des Vorstands der LBB	4	19
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	4	6
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	202	89
an Mitglieder des Aufsichtsrates der LBB	179	81

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

(12) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands der Holding in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien sind in der Anlage 1 zum Anhang dargestellt.

(13) Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Stand: 31.12.2012

Zielwahrung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen					
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	-3.191	1
2.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschrankter Haftung, Berlin ^{2) 4) 8)}	100,00	EUR	51	0
3.	Berlin Hypo Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	26	0
4.	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ^{1) 3) 4) 8)}	100,00	EUR	830.903	0
5.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	9	-12
6.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig ^{1) 8)}	100,00	EUR	-1.499	-1.424
7.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware ^{1) 10)}	100,00	EUR	-70.031	46.232
8.	Crown Court Property London Ltd., London ^{1) 8) 12)}	100,00	GBP	16.621	688
9.	egs Entwicklungsgesellschaft Sudhorn mbH, Berlin ^{1) 8)}	94,00	EUR	-844	988
10.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	571	22
11.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	110	10
12.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	9.436	0
13.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ^{1) 8)}	76,71	EUR	-27.562	-1.790
14.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ^{1) 8)}	99,93	EUR	-7.985	-19
15.	Grundstücksgesellschaft Weichselstrae GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin ^{1) 8)}	60,64	EUR	-4.297	-154
16.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München ^{1) 8)}	78,10	EUR	2	-37
17.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	26	0
18.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	19	0
19.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	105	-7
20.	Landesbank Berlin AG, Berlin ^{4) 8)}	100,00	EUR	2.861.243	0
21.	Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg ^{1) 3) 8)}	100,00	EUR	167.596	-1.387
22.	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ^{4) 8)}	100,00	EUR	10.660	0
23.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ^{1) 8)}	100,00	EUR	1.343	-8
24.	LBB Grundstücksgesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	5.880	0
25.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	1.405	302
26.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg ^{1) 8)}	100,00	EUR	3.200	0
27.	Linden Grundstücksgesellschaft GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	271	-42
28.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ^{1) 8)}	74,99	EUR	22.595	1.485
29.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	160	58
30.	SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf ^{1) 8)}	100,00	EUR	43	18
31.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin ^{1) 8)}	66,67	EUR	247.842	10.862
32.	S-Servicepartner GmbH (bis 14.11.2012 BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin), Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00	EUR	2.699	0
33.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	-4	-1
34.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	1.036	0
35.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	750	18
36.	Wohnbau Tafelgelande Beteiligungs GmbH, München ^{1) 7)}	75,00	EUR	45	-1
37.	Wohnbau Tafelgelande GmbH & Co. KG, München ^{1) 7)}	75,00	EUR	624	131

Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.				
38.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin ^{1) 8)}	47,47	EUR	30.367
39.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	30,00	EUR	88
40.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ^{1) 9)}	25,10	EUR	20.776
41.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ^{1) 8)}	21,79	EUR	8.747
42.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	50,00	EUR	160
43.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ^{1) 6)}	49,00	EUR	-211
44.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin ^{1) 5)}	49,00	EUR	3
45.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin ^{1) 6)}	48,48	EUR	-2.987
46.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ^{1) 8)}	39,60	20,00 EUR	26
47.	NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin/Hannover ^{1) 8)}	0,00	50,00 EUR	397
48.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum ^{1) 8)}	42,39	EUR	90
49.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 6)}	0,00	40,00 EUR	0
50.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen ^{1) 8)}	30,00	EUR	589
51.	SDZ Westfalen-Lippe GmbH, Münster ^{1) 8)}	30,00	EUR	418
52.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ^{1) 8)}	49,00	36,30 EUR	-2.538

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatsklärung der Landesbank Berlin AG.

4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungsvertrag.

5 Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

6 Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

7 Es liegen Daten zum 31.12.2010 vor.

8 Es liegen Daten zum 31.12.2011 vor.

9 Es liegen Daten zum 30.09.2012 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

10 Es liegen Daten zum 30.09.2012 vor - die Gesellschaft legt dem Gesellschafter quartalsweise Bilanz und GuV vor.

11 Es liegen Daten zum 31.12.2012 vor.

12 Kurs vom 31.12.2011: 1 EUR = 0,8355 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft
1. Landesbank Berlin AG, Berlin
2. Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers
Vorsitzender

Martin K. Müller

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis Vorsitzender bis 4. Juni 2012	Präsident des Weltinstituts der Sparkassen
Georg Fahrenschon Vorsitzender ab 5. Juni 2012	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands
Bärbel Wulff *) stellv. Vorsitzende	Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Hans Jörg Duppré	Präsident des Deutschen Landkreistages
Michael Dutschke *)	stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Senior-Referent Organisationssteuerung der Landesbank Berlin AG
Christina Förster *)	Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Dr. Rolf Gerlach ab 31. August 2012	Präsident des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe
Gerhard Grandke	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
Artur Grzesiek	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn
Sascha Händler *)	Spezialist/Teamkoordinator Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG
Gerhard Henschel *) ab 1. November 2012	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Gerald Herrmann *)	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin

Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Daniel Kasteel *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Projektmitarbeiter im Bereich Organisationssteuerung der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Frank Meysel *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Mitarbeiter im Bereich Compliance der Landesbank Berlin AG
Wolfgang Pansegrau *) bis 31. Oktober 2012	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Helmut Schleweis	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
Friedrich Schubring-Giese bis 31. August 2012	ehem. Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 26. Februar 2013

Der Vorstand

Dr. Evers

Müller

Anlagen

Anlage 1:	Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
-----------	--

Mandate des Vorstands

Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
 - b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - S-Servicepartner GmbH, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“Berlin, den 26. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Mario Bauschke
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, den 26. Februar 2013

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Martin K. Müller

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2012 in sieben Plenumssitzungen – davon eine Telefonkonferenz - sowie in zehn Ausschuss-Sitzungen – davon vier Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem jeweiligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der Holding und des Konzerns.

In der Sitzung vom 13. Februar 2012 berichtete der Vorstand über eine erste Indikation zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2011 nach HGB und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit dem Abbau der risikogewichteten Aktiva und dem Komplexitätsabbau in der Landesbank Berlin, dem Fortgang des Projekts „Wege zum Kunden“ sowie mit der jährlichen Prüfung der

Richtlinien des Aufsichtsrats für die Festsetzung und Auszahlung der variablen Vergütung auf ihre Angemessenheit befasst. Der Aufsichtsrat hat eine Kapitalerhöhung bei der S-Kreditpartner GmbH beschlossen sowie den aktuellen Stand des Übertragungsverlangens nach § 327a AktG („Squeeze Out“) und die Terminplanung zur Kenntnis genommen. Zudem wurden die jährliche DCGK-Entsprechenserklärung gem. § 161 AktG, der Corporate Governance Bericht 2011, die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a HGB sowie die Durchführung der Effizienzprüfung anhand der vorgelegten Checkliste beschlossen.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 12. März 2012 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands über das Geschäftsjahr 2011 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2011. Weitere Themen dieser Sitzung waren die Prüfung des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG, die Beschlussfassung über den Bericht des Aufsichtsrats, über das Squeeze Out-Verfahren sowie über Vorschläge zur Tagesordnung der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. April 2012. Neben der Beschlussfassung zum Vergütungsbericht 2011 beschloss der Aufsichtsrat die Fortführung des im Bericht dargelegten Vergütungssystems für den Vorstand. Der Vorstand stellte den Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten aus dem Kreis des Aufsichtsrats und den Bericht über die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) sowie den Jahresbericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen vor. Daneben hat der Vorstand über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Erfüllung der Kapitalanforderungen berichtet.

An diese Berichterstattung wurde in der Sitzung am 25. April 2012, die im Anschluss an die außerordentliche Hauptversammlung der Holding stattfand, angeknüpft und aktuelle Maßnahmen sowie das weitere Vorgehen erörtert. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit Vorstandsangelegenheiten befasst.

Am 4. Juni 2012 fasste der Aufsichtsrat Beschluss über die Einberufung und die Tagesordnung sowie die Vorschläge für die ordentliche Hauptversammlung der Holding, über die Beauftragung des Abschlussprüfers und über die Ausübung des Stimmrechts in der ordentlichen Hauptversammlung der LBB gemäß § 32 Abs. 1 MitbestG. Weitere Themen

waren der Abbau der risikogewichteten Aktiva sowie die Auswertung der Ergebnisse der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit für das Jahr 2011. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Heinrich Haasis, legte mit Ablauf des 4. Juni 2012 seine Mandate im Aufsichtsrat der LBB und der Holding nieder. Mit Wirkung zum 5. Juni 2012 wurde die Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie die Wahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats in den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss vorgenommen.

Am 3. September 2012 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben den Maßnahmen zur Erfüllung der Kapitalanforderungen und zum Komplexitätsabbau die Umsetzung des Projekts „Wege zum Kunden“. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2012. Er nahm den Bericht des Vergütungsausschusses über die Angemessenheit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme der LBB sowie den Bericht zu Sparkassen-Dienstleistungen zur Kenntnis. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den Sparkassenbericht 2011 sowie den Bericht über die Stiftung Berliner Sparkasse – von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin zur Kenntnis genommen.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 16. November 2012 berichtete der Vorstand über die Ergebnisse zum III. Quartal und stellte den Bericht zum Stand der Erfüllung der Kapitalanforderungen vor. Weitere Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit bildeten die Erörterung der Mittelfristplanung, der Risikostrategie und des Strategiedokuments nach MaRisk. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat über die Fortführung der D & O-Versicherung, über die Strategie der S-Servicepartner GmbH informieren lassen und dem Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags zwischen der LBB und der S-Servicepartner GmbH zugestimmt.

Die letzte Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr wurde als Telefonkonferenz am 5. Dezember 2012 abgehalten. Der Aufsichtsrat erörterte ausführlich die Empfehlungen der Verbandsvorsteherkonferenz vom 3. Dezember 2012 zur zukünftigen Ausrichtung der LBB.

Außerhalb der Sitzungen wurde vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2012 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

-

Mit Ausnahme eines Mitglieds nahmen alle Mitglieder des Aufsichtsrats im Jahr 2012 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2012 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt.

Außerhalb der Sitzungen wurde vom BPS-Ausschuss im Geschäftsjahr 2012 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2012 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) erörtert. Im Frühjahr 2012 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2013 hat der Aufsichtsrat den weiteren Umgang mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex eingehend erörtert und beschlossen, dass die Publizitäten über die Befolgung des DCGK aufgrund des Wegfalls der Börsennotierung mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Dennoch werden bereits implementierte aus dem DCGK stammende Prozesse weiterhin berücksichtigt.

Personalia Vorstand

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand.

Personalia Aufsichtsrat

Mit Ablauf des 4. Juni 2012 legte Herr Heinrich Haasis sein Mandat im Aufsichtsrat der Holding nieder. Vom Amtsgericht Charlottenburg wurde Herr Georg Fahrenschoen mit Wirkung vom 5. Juni 2012 zum Mitglied des Aufsichtsrats der Holding bestellt. In der Hauptversammlung am 31. August 2012 wurde Herr Georg Fahrenschoen für die Dauer bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2014 zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. August 2012 legte Herr Friedrich Schubring-Giese sein Mandat im Aufsichtsrat der Holding nieder. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 31. August 2012 wurde Herr Dr. Rolf Gerlach zu seinem Nachfolger bestellt.

Mit Ablauf des 31. Oktober 2012 legte Herr Wolfgang Pansegrau sein Mandat im Aufsichtsrat der Holding nieder. Als gewähltes Ersatzmitglied für Herrn Pansegrau hat Herr Gerhard Henschel das Mandat ab 1. November 2012 übernommen.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern für ihr Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit. Besonderer Dank gilt Herrn Heinrich Haasis, der den Aufsichtsrat als langjähriger Vorsitzender mit hoher Kompetenz und herausragendem Einsatz führte.

Der Aufsichtsrat hat in Anlehnung an Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2012 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gem. § 312 AktG erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Jahresabschluss 2012

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zur Kenntnis genommen.

Vor und während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine

wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Gremienmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich in Anlehnung an DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2012 in seiner Sitzung vom 21. März 2013 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2012 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 100.800.718,40 EUR wie folgt zu verwenden: Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 99.932.787,00 EUR und Gewinnvortrag in Höhe von 867.931,40 EUR.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2012 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2013

Der Aufsichtsrat

Georg Fahrenschon

Vorsitzender